

Die Freie Arbeiterzeitung

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 61 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, den 14. März 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Dreifache Hinrichtung in Berlin	Seite 2
Neue Flottenmusterungen	Seite 2
Europäische Gedanken	Seite 3
Die Saale als Frankreichs Rand	Seite 3
Unruhe in den Betrieben	Seite 4
Chamberlains fragt Deutschland	Seite 7

Spanien: Streik oder Revolution?

Der Massenkampf für Arbeiterrechte

Tiefe Gegensätze

Madrid, 13. März. Die seit Monaten über Spanien lagernde Erregung, die sich in Teilstreiks äußerte, hat am Montag zu einer ersten Entladung geführt: der seit Tagen erwartete Generalstreik ist in Madrid ausgebrochen. Der Ministerpräsident Lerroux hat bis in die letzten Stunden beruhigende Erklärungen abgegeben, jedoch die Ausbreitung der Aktion weder durch seine dämpfenden Reden noch durch Drohungen und Verbote aufhalten können. Noch in den letzten Tagen hat er den syndikalistischen Gewerkschaftsbund aufgelöst, der etwa eine Million Mitglieder zählt und sehr radikal sich betätigt. Der Ministerpräsident hat ferner den Präsidenten der sozialistischen Jugend verhaftet und das Verbandshaus der sozialistischen Jugend geschlossen. Seit über einer Woche sind die Banarbeiter im Streik. Da durch das Aushalten der Arbeit die Tunnelbauten für den unterirdischen Zentralbahnhof durch Grundwasserströmungen in die Gefahr des Einsturzes gerieten und insbesondere auch ein Teil der Probopromenade, an der die berühmte Gemäldegalerie liegt, einzustürzen droht, hat die Regierung Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern geführt. Obwohl die Arbeiter sich bereit erklärten, die drängenden Rohbauarbeiten zu verrichten, falls die Regierung ihnen die Löhne garantierte, sind die Verhandlungen in den frühen Morgenstunden des Montag gescheitert. Die Regierung ließ darauf sowohl die Vertreter der Unternehmer wie die der Arbeiterverbände ins Gefängnis werfen.

Diese starke Welle der Regierung Lerroux hat die Lage nur verschärft. In dem Streik der Banarbeiter ist nun der Massenkampf der Metallarbeiter, der Drucker und aller übrigen Anarchisten der graphischen Gewerkschaft hinzugekommen. Die Presse der Rechten hatte verkündet, daß sie erscheinen werde, da sie über hinreichend nichtorganisiertes Personal verfüge. Jedoch konnte im Laufe des Montag nur die katholische „El Debate“ erscheinen. Außerdem kam das sozialistische Blatt „Socialista“ heraus, für das sich als dem Kampfblatz der Bewegung das organisierte Personal zur Verfügung gestellt hat.

In den Straßen der Hauptstadt, zumal in den Vororten ist starke Unruhe zu spüren. Die Passanten werden auf Waffen untersucht und zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die Regierung bezeichnet die Gerüchte über eine bevorstehende sozialistische Revolution als Sensationsmacherei von Feinden des Regimes. Sie habe nicht den Willen, die gesamte sozialistische Partei zu unterdrücken, sei aber ebenso entschlossen, den sozialistischen Gruppen, die sich gegen die Gesetze erheben, ohne Zögern und mit allen Nachteilen entgegenzutreten. Trotz der demonstreten zur Schau getragenen Festigkeit der Regierung ist die Lage in ganz Spanien sehr unruhig und nervös. Aus zahlreichen Provinzorten werden Zusammenstöße gemeldet, so aus Barcelona, Tarragona und Zarzosa. In Madrid selbst sind bisher nur wenige Gewalttaten vorgekommen. Kraftwagen und Straßenbahnwagen wurden von Streikenden mit Steinen beworfen. An mehreren Stellen wurden Lebensmittelläden geplündert und ein offener Markt wurde aufgeräumt. Demonstrationen der Arbeiter sind bisher durch die Polizei ohne nennenswerte Anstrengung aufgelöst worden. Die Garnison ist in Alarmzustand, braucht bisher nicht herangezogen zu werden.

Zwei Fronten

Regierung und Arbeitermassen

Madrid, 13. März. Die Regierung bemüht sich, da ihr Zielungen mit einer einzigen Ausnahme nicht zur Verhängung stehen, die Bevölkerung durch Kundtun zu beeinflussen und ihr klarzumachen, daß es sich bei dem Massenstreik um eine staatsfeindliche Aktion handle. Daraus ist soviel richtig, daß hinter den Vorkriegsaktionen, die den letzten Anstoß zur Streikbewegung gaben, schwere politische und soziale Gegensätze stehen. Wenn die Regierung Lerroux so schnell abgewirtschaftet hat, so deshalb, weil sie die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen nicht zu meistern verstand. Der Kern ihres Programms bestand und besteht darin, die sozialen Errungenschaften der Revolution, die durch die konstituierenden Cortes in die Gesetzgebung aufgenommen worden sind, wieder rückgängig zu machen. Es wurden sogar arbeiterfreundliche Bestimmungen außer Kraft gesetzt, die noch der Diktator Primo de Rivera erlassen hatte.

Die Arbeitgeber versuchten sich ihren Verpflichtungen zu entziehen und zählten, vor allem auf dem Lande, Löhne ganz nach Belieben, soweit nicht die Gewerkschaften sie zu Tarifforderungen zwingen. Die Gutsherren führen ein rein diktatorisches Regiment gegenüber den Arbeitern. Die Kaufkraft sinkt und die Lebensmittelpreise nehmen zu. Auch die bürgerliche Presse hat die wachsende wirtschaftliche und soziale Verelendung und den Autoritätsverlust der Regierung nicht bestritten können. In dieser Situation hat der Ministerpräsident Lerroux vor einigen Wochen den Innenminister Martinez Barrio und den Finanzminister Lara entlassen. Innenminister wurde der als Arbeiterfeind und Demagog geltende Salazar Alonso und Finanzminister der bisherige Gouverneur der Bank von Spanien Maracco. Diese Schwendung des Kabinetts nach rechts hat das Mißtrauen der Arbeitermassen noch gesteigert. Die Rührdrucker gerieten in Erregung, als bekannt wurde, daß die Regierung schändliche Spitzel in Buchdruckerbetriebe entsandt hatte, die dort argwöhnend wirkten und den Streikbruch organisieren wollten.

Der Regierungssprecher stellt sich eine breite Arbeiterfront gegenüber, die eine Einheitsfront zu werden trachtet. Seit der Niederlage bei den Parlamentswahlen im November ist die Idee der Arbeiter-Einheitsfront in Spanien stark in den Vordergrund getreten. Ihr Propagandist ist Largo Caballero, der frühere Arbeitsminister, Führer der sozialistischen Partei und Generalsekretär der Gewerkschaften. Er vertritt den Standpunkt, daß man mit der Demokratie in Spanien während zweieinhalb Jahren Republik für das Arbeitervolk nichts erreicht habe und das gemeinsame Ziel der Arbeiter aller Richtungen die Sozialrevolution zu sein habe. Der Führer der Syndikalisten, Angel Pestana, einige Vertreter der Pinksozialisten und Trozkisten streben dem gleichen Ziele zu. Einige Streiks erbrachten den Beweis für die Mächtigkeit der Einheitsfront.

Man darf sagen, daß die sozialistische Partei trotz der gegenteiligen Haltung des reformistischen Flügel der Gewerkschaften den Standpunkt einnimmt, im geeigneten Augenblick gewaltlos die politische Macht zu ergreifen und die Sozialrevolution aus dem Wege der Diktatur durchzuführen. Ob dieser Zeitpunkt jetzt gekommen ist, dürfte allerdings auch den revolutionären Führern der Bewegung zweifelhaft sein. Es ist möglich, daß die Regierung den revolutionären Charakter der Bewegung übertriebt, um sich die Basis zu den ersehnten Verfassungsänderungen durch einen Staatsstreich zu schaffen.

Kampfmittel der Regierung

Diktatorische Maßnahmen

Madrid, 12. März. Nach dem Verbot zum Schutz der öffentlichen Ordnung kann die Regierung nach der Verkündung des Alarmzustandes folgende Maßnahmen ergreifen: Ausweisung von Ausländern, die die öffentliche Sicherheit gefährden; Eingriffe in Industrie und Handel; Zensur der Zeitungen und Druckschriften; Einschränkung oder Verbot des Verkehrs in den Straßen; Verbot von Versammlungen und Kundgebungen; Verbot, Fabriken oder Geschäfte zu schließen; Eingriffe in Verbände und Gewerkschaften; Streikverbote; Einsetzung von Untersuchungsräten; Weidstrafen von 10.000 bis 20.000 Pesetas; Abfertigung von Beamten und Auflösung der Beamtenverbände; Verbot von Zusammenrottungen; Verhaftung ohne Angabe von Gründen; zwanagsweiser Wechsel des Wohn- oder Postortes; Aufhebung des Vereins- und Gewerkschaftsrechts.

Kriegsschiff gekentert

113 Mann umgekommen?

LONDON, 13. März. Die Renter des gefenterten Zerstörers „Tomowiro“ in Stärke von 113 Offizieren und Mannschaften tatsächlich niemand mehr am Leben ist. Der Zerstörer trieb bei Eintreffen der Hilfschiffe kieloben in der See. Ein Teil der Mannschaft befand sich lebend im Schiffsrumpf, da auf Klappsignale noch geantwortet wurde. Am Montagabend verstaumten die Zeichen, obwohl die Rettungsmannschaften Luft in den Schiffsrumpf pumpten. Das Wrack wurde in die Bucht von Salebo geschleppt, wo man versuchen will, die Toten und die etwa noch am Leben Gebliebenen zu bergen.

Gestern und heute

Kein Mensch kann zwei Herren dienen. Und kein Staat zwei Prinzipien.

Es ist merkwürdig, daß die Diktaturen unserer Tage diese alte Wahrheit immer wieder vergessen. Solange ihre Führer noch nicht an der Macht sind, pflegen sie sich gern auf das Wort Homers zu berufen, daß „einer nur Herr“ sein könne. Sind sie aber einmal „daran“, dann suchen sie alle Welt davon zu überzeugen, daß es in ihrem Lande 26 oder 45 oder 66 Millionen Herren gebe — je nach Einwohnerzahl. Denn dann herrscht auf einmal der „Wille des Volkes“. Glücklicherweise ist dieser Wille stets derselbe wie der der Diktatoren.

Ein wunderschönes Beispiel dafür ist das sogenannte „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“. Seine Durchführungsvorgaben liegen jetzt vor. Nun wissen wir endlich, wie das große Rätsel des Ausgleichs zwischen dem Führerprinzip des Unternehmers und dem Mitredenwollen der Arbeiterschaft gelöst worden ist. Und da ergibt sich etwas Ueberraschendes: die „Mehrheit“ hat scheinbar ein Wort mitzureden.

Was ist Mehrheit? Wir holen uns die Antwort aus der Quelle alles heute in Deutschland geltenden Staatsrechts: Mehrheit ist die Verkörperung von Feigheit, Lüge und Dummheit. Wir dürfen sicher sein, daß niemand in Deutschland widersprechen wird. Denn diese Worte sprach Adolf Hitler. Trotzdem...

Trotzdem ruft Adolf Hitler immer wieder angeblich die Mehrheit zu Hilfe. Er tut es beim Volksentscheid von 40 Millionen; er tut es jetzt auch im kleinsten Betrieb.

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit sah ursprünglich vor, daß der Unternehmer „im Einvernehmen“ mit dem Betriebszellenobmann, also mit dem „Obernazi“ der Belegschaft, einen Vertrauensrat berufe. Der soll den alten Betriebsrat ersetzen. Die neue Durchführungsverordnung schreibt jetzt plötzlich vor, daß zwar der Vertrauensrat zunächst berufen wird. Dann aber, und das ist das Neue, hat die Belegschaft in geheimer Wahl darüber abzustimmen, ob sie die Vertrauensmänner des Unternehmers wählen will. Sie kann sich keinen nach eigenem Ermessen wählen, aber sie kann die Kandidaten des Unternehmers immerhin ablehnen. Dann kann, wenn er will, der „Treuhänder“, also der Staat eingreifen. Er kann selbst einen Vertrauensrat bestellen, er kann es auch unterlassen; dann gibt es eben keinen Vertrauensrat.

Das ist, wie man sieht, nicht viel. Immerhin: Abstimmung, geheime Wahl — und „die Verkörperung von Lüge, Feigheit und Dummheit entscheidet“. So steht es natürlich nicht im Gesetz; dort heißt es kürzer „Mehrheit“.

In der Tat hat diese Mehrheit praktisch soviel zu sagen wie etwa die Mehrheit im Vorkriegsreichstag, nämlich nichts. Aber das sagt sie kraftvoll.

Das neue Gesetz hat seine Bedeutung als Ausschlag des Stimmungsmanometers. Moderne Großbetriebe sind in Deutschland immer noch eine dem Nationalsozialismus innerlich fremde Welt. Es ist die Welt einer ewig aufsässigen Arbeiterdemokratie. Hier muß zumindest so getan werden, als ob es noch demokratische Entscheidungen gäbe. Sieht man sich die Bestimmungen genau an, dann erkennt man sofort: keine Entscheidung erlangt praktische Wirksamkeit, die sich gegen den Willen der „Führung“ richtet. Die Mehrheit kann dagegen genau so viel tun, wie ein Mann, den man mit zusammengebundenen Händen und Füßen ins Wasser wirft und von dem man sagt: wenn er ein Kerl ist, wird er schon schwimmen.

„Lüge, Feigheit und Dummheit“, sagt der Herr Reichskanzler. In der Tat, eine Volksmehrheit, die von oben so erfolgreich angelogen, irreführt und eingeschüchert wird, das ist die einzige Sorte Mehrheit, die der Faschismus sich vorstellen kann; weil es die einzige ist, mit der er zu regieren vermag. An dem Tage, an dem die Mehrheit sich wieder Wahrheit, Einsicht und Selbstvertrauen erzwingt — an dem Tage ist es mit dem Faschismus zu Ende.

Und dieser Tag kommt bestimmt.

Argas.

Rom-Wien-Budapest

Der Dreierblock

Dnb. Mailand, 13. März. Die italienischen Blätter verweisen in ihren Leitartikeln am Dienstag einheitlich auf die Bedeutung der römischen Besprechungen. Sie bringen Gombos und Dollfus außerordentlich herzlich gehaltene Begrüßungsworte. „Gazzetta del Popolo“ schreibt, daß es sich bei den Besprechungen in Rom nicht um die Schaffung eines politischen oder wirtschaftlichen Blockes handelt, der gegen irgendeinen — sei es nun Deutschland oder die kleine Entente — gerichtet sei, sondern daß die Absicht einzig und allein die sei, die Unabhängigkeit Oesterreichs und Ungarns zu stärken und im Rahmen des Viererpaktes und nach den Absichtlinien der italienischen Donaudonau-Verträge wirtschaftlicher Natur zu treffen. Es sei natürlich, daß diese Initiative von Italien ausgehe, da Italien als einziger Land bisher versucht habe, Oesterreich und Ungarn wirtschaftliche Hilfe zu bringen, während die anderen „bis heute nichts getan hätten, als nach bekannten Methoden die Unabhängigkeit dieser Staaten zu bedrohen.“ Mussolini „Popolo d'Italia“ sagt, daß die von den drei Staaten in der Donaufrage verfolgte Methode, die man übriens Europa ebenfalls empfehle, nicht die „peripatetischen Diskussionen“ sei, sondern die Methode sogenannter Regionalabkommen, die allein schrittweise zur Wiederbelebung der internationalen Beziehungen führen könnten.

Diktatur in Estland

Verbot aller Parteien

Die estländische Regierung hat in einem überraschenden Schlag gegen die estnischen Freiheitskämpferverbände ausgedehnt und sämtliche Verbände im ganzen Lande aufgelöst. Ihre Führer wurden verhaftet. Im ganzen Lande ist der Kriegszustand verhängt worden.

Dnb. Reval, 13. März. Nachdem die estländische Regierung Montagabend den Kriegszustand erklärt hat, ist sie nach der Ernennung des Generals Raidoner zum Oberbefehlshaber zu einer Schließung sämtlicher Organisationen der Freiheitskämpferbewegung auch in der Provinz geschritten. Es fanden zahlreiche Hausdurchsuchungen statt. Ob die Wahl des Staatspräsidenten unter diesen Umständen stattfinden wird, ist noch nicht entschieden. Es sind im übrigen nicht nur die Organisationen der Freiheitskämpferbewegung geschlossen worden, sondern auch sämtliche politischen Parteien ist jede Tätigkeit verboten worden. Insbesondere dürfen keinerlei politische Versammlungen stattfinden. Die Regierung begründete die Maßnahme damit, daß sie Material erhalten hätte, aus dem hervorgehe, daß staatsfeindliche Handlungen geplant gewesen seien. Einweilen ist es nirgends zu Ruhestörungen gekommen. Die Regierung, die auf Grund der erlassenen Verordnungen diktatorische Gewalt ausübt, fühlt sich vollkommen als Herrin der Lage. Sie beabsichtigt, das estländische Militär von allen Anhängern der Freiheitskämpferbewegung zu reinigen. Die von der Garnison angeforderten Militärposten sind wieder zurückgezogen worden.

Großmutter auch bei der Reichswehr

Berlin, 12. März. Nach Vortrag beim Reichspräsidenten hat der Reichswehrminister verfügt, daß die Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, § 3 (Kriegsparagraph) sinngemäß Anwendung auf die Offiziere, Deskoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Wehrmacht finden. Die Durchführung der Verfügung wird bis 31. Mai 1934 beendet sein.

Damit hat auch die Reichswehr restlos vor den braunen Generalen kapituliert.

Das bedeutet die Suche nach der Großmutter auch bei der Reichswehr. Hier dürfte sie besonders schwerwiegende Folgen haben. Man weiß, daß die hohe Adels- und Offiziers-Aristokratie, die die entscheidenden Posten bei der Reichswehr inne hat oder in ihrer Verwaltung sith, ihre Wappen häufig durch semitische Heirat erworben ließ. Die Erzählungen aus diesen rassenwänderischen Ehen haben sich durchaus bewährt. Aber nun werden sie, nachdem die Gleichstellung auch in der Reichswehr den Sieg davongetragen hat, aus ihren Verstecken aufgedeckt und schonungslos entlarvt, ohne Rücksicht auf feudale Aristokraten der arischen Teile ihres Geschlechtes; es sei denn, daß allerhöchste Stellen zu ihren Gunsten eingreifen. Immerhin rechnet man damit, daß zehn bis zwölf Prozent der höheren Offiziersklasse unter die Großmutter-Verfügung fallen.

Das Neueste

Bundeskanzler Dollfus hat den bisherigen Staatssekretär für Schönburg-Gartenstein zum Minister für Landesverteidigung ernannt.

Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Reise des französischen Außenministers nach Brüssel nunmehr endgültig auf den 25. März festgelegt ist. Um den 25. April herum werde Barthou sich dann nach Warschau und anschließend nach Prag begeben. Es sei möglich, so erklärt das Blatt ferner, daß der Außenminister inzwischen Gelegenheiten haben werde, mit dem südslawischen Außenminister zusammenzutreffen, der den König von Südslawien bei seinem demnächst stattfindenden Besuch in Paris begleiten werde.

Der vor kurzem vom Strafgericht in Dredenholn wegen angeblicher Spionage zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Josef Schön hat in der Gefängniszelle einen Selbstmordversuch unternommen, indem er mehrere Infrarotstrahlungsversuche machte. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er streng überwacht wird, da man einen Fluchtversuch fürchtet.

Der französische Handelsminister Lamoureux reiste nach London ab, um dort die französisch-englischen Handelsvertragsverhandlungen aufzunehmen. In unterrichtlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß die ersten Besprechungen nur sehr kurze Zeit dauern werden, da es sich vorläufig nur um die Klärung der grundsätzlichen Fragen handelt. England wünsche den Handelsvertrag auf der Grundlage der Weltkreditvereinbarung, während Frankreich seinerseits das Gegenseitigkeitsverhältnis fordere. Erst wenn dieser Punkt geklärt sei, werde man an die Ausarbeitung eines Arbeitsplans gehen können. Der französische Handelsminister reiste mit dem Auftrag nach London, so schließt der Jour, den Standpunkt der Gegenseitigkeit nicht anzugeben.

Die Zollbeamten von Marseille verhafteten gestern den Generalinspektor der französischen Regie von Beirut, der im Begriff war, 100 kg. Goldschmelze zu schmuggeln.

Neue Flottenrüstungen

In England und Frankreich

Dnb. London, 13. März. In der Aussprache über den Flottenhaushalt sprach u. a. der Parlamentssekretär der Admiralität Lord Stanley. Er erklärte, die Regierung habe stets deutlich zu verstehen gegeben, daß sie kleinere Kreuzer in größerer Zahl wünsche. Sie habe den anderen Mächten in dieser Richtung ein praktisches Beispiel gegeben, das leider nicht befolgt worden sei. Denn zwei von den anderen großen Seemächten hätten mehrere 100000-Tonnen-Kreuzer gebaut, die viel schwerer bewaffnet seien, als die der britischen Vandal-Klasse. (Es handelt sich um die deutschen Panzerkreuzer, D. Red.) Die Admiralität habe sich daher gezwungen gesehen, dem gegebenen Beispiel der anderen zu folgen. Dies sei der Grund für das Erscheinen einer neuen Klasse von Kreuzern, der „Minotaur“-Klasse von 9000 Tonnen, deren Ausarbeitung mit der der erwähnten anderen Kreuzer übereinstimme. In Erwiderung auf eine Frage sagte Lord Stanley, bei Ende der Vertragsperiode am 31. 12. 1936 werde die Ausrüstung mit der der anderen Länder übereinstimmen.

In Erwiderung auf eine Frage sagte Lord Stanley, bei Ende der Vertragsperiode am 31. Dezember 1936 werde Großbritannien 14 Kreuzer und 44 Zerstörer besitzen, die die Altersgrenze überschritten haben. Auf eine weitere Frage, ob bei Frankreich Erkundigungen eingehoben worden seien, warum es so viele U-Boote baue, erwiderte Lord Stanley, er sei, es seien Frankreich gegenüber derartige Andeutungen gemacht worden. Er bedauere, daß Frankreich sich seinerzeit nicht in der Lage gesehen habe, dem Londoner Flottenvertrag beizutreten. Lord Stanley schloß, der Marinevoranschlag bedeute keine Herausforderung gegenüber einem anderen Lande, aber einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit Englands. — Daran wurden die Haushaltsvoranschläge für die britische Flotte vom Unterhaus angenommen.

Am Grabe noch . . .

. . . pflanzt man die Hoffnung auf

Dnb. London, 13. März. Reuter meldet: Gut unterrichtete Kreise äußern sich abfällig über gewisse Mutmaßungen, die

binsichtlich des wahrscheinlichen Inhalts der französischen Antwortnote auf die britischen Abrüstungsvorschläge veröffentlicht worden sind, und bezeichnen sie als nichtmachbar. Reuter erzählt, daß der britische Plan, der kürzlich von Eden in Paris, Berlin und Rom erläutert worden sei, nach wie vor unverändert bleibe, und daß kein Anlaß zu der Vermutung bestehe, er werde sich als unannehmbar erweisen. Aus diesem Grunde sei es vorzuziehen, zu sagen, daß die britische Regierung ihre Pläne zur allgemeinen Abrüstung infolge mangelnder Bereitwilligkeit der anderen aufgegeben habe, und ihre Aufmerksamkeit lediglich darauf richte, eine Konvention zu erreichen, die sich auf die betr. Vorschläge des MacDonald-Plans beziehe.

Sir Simon befürchtet

„Nur mit Angst und Hoffnungslosigkeit“

Dnb. London, 13. März. Sir John Simon kam Montagabend in einer Rede in Girsenshead auf die Abrüstungsfrage zu sprechen und gab dabei seiner tiefen Sorge Ausdruck. Er fürchte, daß manche Teile des letzten britischen Planes nach deutscher Ansicht nicht weit genug und nach französischer Ansicht zu weit gingen. Die Regierung bemühe sich, zu verstehen, was an den Forderungen und Besorgnissen anderer Mächte vernünftig und begründet sei. Nur auf diese Weise könne sie hoffen, überhaupt noch eine internationale Abrüstungsvereinbarung zu erreichen. Selbst ein Abkommen von verhältnismäßig bescheidener Reichweite, das weit hinter dem ursprünglich erstrebten zurückbleibe, würde doch durch sein Zustandekommen allen eine bedeutungsvolle Tatsache in der Geschichte der Welt seit dem Kriege darstellen. Denn immerhin könne man dann sagen, daß zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit die Nationen der Welt sich auf eine Begrenzung der Rüstungen geeinigt haben. Damit wäre dann der Grundstein des Weltfriedens gelegt. Nur mit Angst und Hoffnungslosigkeit könne er dagegen an die Möglichkeit eines Fehlschlages denken. Eine große Anstrengung sei notwendig, um auch nur ein abgedecktes Abkommen zu erreichen. Aber wenn erst einmal ein abgedecktes und teilweise Abkommen zustandegebracht sei, dann werde man einen Unterbau haben, auf dem man künftig weiterbauen könne.

Dreifache Hinrichtung in Berlin

Zwanzigjähriger auf dem Schafott — Görings Blutarbeit

Berlin, 13. März. Auf dem Hofe des Strafgefängnisses Plötzensee wurden heute früh um 7 Uhr der 24 Jahre alte Kommunist Richard Bahr, ferner die beiden Mörder der Dichterin Käthe, der 19 Jahre alte Friedrich Mann und der ebenfalls 20 Jahre alte Alfred Schulz, von dem Magdeburger Scharfrichter hingerichtet.

Bahr war durch das Urteil des seinerzeit in Einmütigkeit fällenden Sondergerichts Berlin vom 1. 12. v. J. wegen fortgesetzter teils vollendeter, teils verübter Brandstiftung auf Grund des Gesetzes zur Abwehr politischer Gewalttaten vom 24. 4. 1933 zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden. Er hatte nach seinem eigenen, allerdings erst nach der Verkündung des Urteils abgelegten Geständnis am 1. Oktober v. J. in Larnow eine mit Erntearbeitern gefüllte Scheune und zwei Wochen später, am 15. Oktober, in Einmütigkeit bei Febrbellin eine Scheune und einen Kuhstall in Brand gesetzt. Es handelt sich, wie die Justizpressestelle wider besseres Wissen behauptet, bei diesen Taten um planmäßige kommunistische Terroraktionen, die wie in den Städten so auch auf dem Lande durchgeführt wurden, um unter der Bevölkerung Angst und Schrecken zu erregen, und so den allgemeinen bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Die Mitläufer Bahr, der 30 Jahre alte Gerhard Kehler und der 35 Jahre alte Wilhelm Bösch, waren gleichzeitig zu je zehn

Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Es kennzeichnet die ganze brutale Schamlosigkeit des Ministerpräsidenten, wie er nach seiner furchtbaren Niederlage im Weisunger Prozeß noch immer die kommunistische Partei des individuellen Terrors beschuldigt und der stauenden Welt vorhält, die Brandstiftungen, insbesondere armer Landkretcher seien Signale zum bewaffneten Aufstand. Es ist die Methode, nach der von der Lubbe abgefeuert wurde, Göring brantat Mordtaten, um seine Scharfrichterarbeit einigermaßen zu rechtfertigen.

Die beiden anderen Dingerichteten, Mann und Schulz, wurden am 7. Juli v. J. von dem Schwurgericht bei dem damaligen Landgericht 3 Berlin wegen Raubmordes an der Dichterin Frau Käthe zum Tode verurteilt. Die beiden Mörder waren am 22. Oktober 1932 zu einer Zeit, als die 20jährige Frau Käthe allein zuhause war, in ihre in der Lütcherstraße gelegene Wohnung eingedrungen. Die ahnungslose Frau wurde von den Tätern plötzlich zu Boden gerissen, durch ein vorgehaltenes Taschenmesser am Schreien gebindert und mit einem in Streifen gerissenen Bettlaken gefesselt und auf Bett geworfen. Während Schulz der völlig Wehrlosen ein Kopfkissen ins Gesicht drückte, raubte Mann aus dem Schreibtisch etwa 8000 Mark.

Den drei Dingerichteten wurde gestern Abend um 7 Uhr das Urteil verlesen. Heute früh wurde als erster Bahr und nach ihm Schulz und Mann durch das Beil hingerichtet.

Der dreißigjährige Bischof

Freigesprochen — wegen „Mangel an Beweisen“

Zu den Bischöfen, die der Herr Reichsbischof über das ganze Reich verstreute, gehörte auch Wilhelm Bene, der in Braunschweig Bischof wurde. Dieser „Führer“ des deutschen Protestantismus ist genau 30 Jahre alt. Seine religiösen Sporen hat er sich als verdienter Kämpfer des Nationalsozialismus erworben. Dieser junge Mann betreue „seiner“ Weislichen, trante die einen und warf die andern hinaus, wozu ein Hafenkreuzbischof im Auftrage des Reichsbischofs hinreichend legitimiert ist.

Der frühere Bischof Wilhelm Bene stand nun in Braunschweig unter der Anklage der Untreue und des Betrugs. Man warf ihm vor, als früherer Pfarrer des Dorfes Berzen kleine Unredlichkeiten begangen zu haben. Er soll Beiträge aus der Kirchenkollekte teilweise für sich verbraucht und 8000 Mark, die er einem Klempner schulde, mit einer falschen Rechnung aus der Kirchenkasse bezahlt haben. Der Mitangeklagte Klempner Klein belastet von Bene durch die Behauptung, daß dieser ihn zur Ausheilung der falschen Rechnung veranlaßt habe.

In der Verhandlung zeigten sich interessante kirchenpolitische Hintergründe. Die Verteidigung suchte den Angeklagten dadurch herauszuwippen, indem sie behauptete, der oppositionelle Pfarrernotbund habe gegen Bene als Landesbischof ein „Reißtreiben“ veranlaßt. Dem-

gegenüber aber erklärte Landesgerichtspräsident Sachmann, der Vorsitzende der Verhandlung, daß derartige Schritte von der

Kampfstaffel der „Deutschen Christen“

unternommen worden seien. Regierungspräsident Dr. Roh nannte den Angeklagten einen „selbstlosen nationalsozialistischen Kämpfer“. Der die Anklage vertretende Oberstaatsanwalt Rasche mühte sich in der Verhandlung gegen den Vorwurf wehren, er selbst stehende dem Pfarrernotbund nahe! Zu gewissen Vorzügen in der Kampfstaffel der Deutschen Christen — leider wurden sie nicht näher genannt — erklärte der Oberstaatsanwalt, daß selbst in der dunkelsten Zeit marxistischer Verdunkelungstätigkeit solche Maßnahmen nicht vorgekommen seien“. Das Benehmen des Angeklagten und seiner Freunde zeuge weder von deutscher Art noch von Christentum. Oberstaatsanwalt Rasche beantragte schließlich gegen den Angeklagten eine

Gefängnisstrafe von fünf Monaten.

Die Verteidiger sprachen von „schmutzigen politischen Intrigen“ gegen Bene. Er sei ein alter und viel verehrteter Kämpfer der Nationalsozialisten, der für keine Sache große Opfer gebracht habe. Der Verteidiger leitete schließlich mit, daß ein Telegramm von der Reichsleitung der Deutschen Christen eingetroffen sei, wonach diese hinter Bene stehende. Demgegenüber aber führte der Verteidiger des Angeklagten Klein aus, Klein habe unter der Autorität seines Pfarrers, der als Ortsgruppenleiter der NSDAP, an führender Stelle gehandelt habe, gebandelt!

Nach fast vierstündiger Beratung wurde Bene unter Beifallstundgebungen des Publikums freigesprochen. Einzelne belastende Momente seien zwar außerordentlich gravierend, aber es seien auch entlastende Tatsachen vorhanden. Bene könne nur aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die kirchlichen Kreise, den Streit einzustellen. Ungeheuerlich sei es, daß der Kreis um die Kampfstaffel Unterstellungen angestellt habe, um einen Braunschweiger Weislichen zu befleigen.

die er in der eigens dazu gebauten doppelwandigen Klosterröhre seines Antop versteckt hatte, um sie am heutigen Dienstag mit nach Kleinfassen zu nehmen.

Dnb. Tokio, 13. März. Nachdem das Brack des gefenterten japanischen Zerstörers „Tomosuro“, wie gemeldet, in dieucht von Sasebo geschleppt worden war, wurde sofort mit den Bergungsarbeiten begonnen. Dabei gelang es, drei Angehörige der Besatzung noch lebend zu bergen. Allerdings war ein Vorbringen in den Schiffsraum nicht möglich, so daß die Arbeiten erst fortgesetzt werden können, wenn das Brack aufgedockt worden ist.

Europäische Gedanken

Tiefere Bedeutung der Rede de Broqueville's — Tragischer Ernst der Lage — Zeichen der Wendung?

Die Rede, die der belgische Ministerpräsident de Broqueville im Senat gehalten hat, hat überall eine solche Ueberraschung und in Belgien selbst solche Bestürzung bewirkt, daß der Außenminister Symons zwei Reden hat halten müssen, um die Rede von de Broqueville beruhigend zu „interpretieren“. Die Beruhigung scheint aber nicht eingetreten zu sein. Namentlich ist der tiefe Pessimismus, der als Unterton aus der ganzen Rede von de Broqueville klang, nicht aus der Welt zu schaffen. Und die Rede hat unseres Erachtens durch diesen pessimistischen Unterton noch stärker gewirkt, als durch die Gedankengänge, die Herr de Broqueville entwickelte. Freilich war es schon überraschend genug, daß der belgische Ministerpräsident sich im wesentlichen die Argumentation und die Schlussfolgerungen von Simon und Mussolini zu eigen machte und sich auf diese Weise in Widerspruch zur französischen Auffassung setzte. Am stärksten scheint aber in seiner Rede gewirkt zu haben, was er nicht ausdrücklich gesagt, sondern durch einige allgemeine Betrachtungen über den Versailler Vertrag angedeutet hat.

Die Rede fiel durch die Offenheit ihrer Sprache auf, und trotzdem hat de Broqueville sich sehr diplomatisch ausgedrückt. Er hat nicht ausgesprochen, was der eigentliche Sinn seiner Rede und der eigentliche Grund für seinen Pessimismus ist. Und dies ist: Frankreich und Belgien sind von ihren früheren Verbündeten verlassen und können deshalb nicht den einzig richtigen und notwendigen Widerstand gegen jede Wiederaufrüstung Deutschlands leisten. Also muß versucht werden, gemeinsam mit England und Italien zu einem Kompromiß mit Deutschland zu kommen, das die Gefahren nach Möglichkeit mildert und die Sicherheit nach Möglichkeit stärkt. Wenn de Broqueville davon sprach, daß es eine Illusion war zu glauben, daß die 27 Mächte, die den Versailler Vertrag unterschrieben haben, immer untereinander einig bleiben werden, so hat er natürlich nicht an alle mittleren und kleinen Mächte, die auch in Versailles dabei waren, gedacht, sondern an die beiden Großmächte England und Italien. Und als er ausführte, warum der Weg über die Untersuchung der deutschen Rüstungen durch den Völkerbund nicht gangbar sei, so hat er ausdrücklich gesagt, daß England und Italien ihre Zustimmung dafür nicht geben würden.

Daher dieser tiefe Pessimismus. Daher die Auffassung, daß die deutsche Wiederaufrüstung nur durch den sofortigen präventiven Krieg, den de Broqueville für ein Verbrechen hält, verhindert werden könne. De Broqueville schloß sich dem englischen und italienischen Standpunkt nicht deshalb an, weil ihm selbst der Wille zur gemeinsamen Aktion gegen die deutsche Aufrüstung fehlt, sondern deshalb, weil eben England und Italien diesen Willen bisher nicht haben und eine solche gemeinsame Aktion faktisch sabotieren. Wir sagen das nicht, um de Broqueville gegen die Kritik an seiner Rede in Schutz zu nehmen. Diese Kritik, namentlich wie sie von einem sozialistischen Senator vorgetragen wurde, halten wir für völlig berechtigt. Wir wollen aber die wirkliche Problematik aufzeigen, aus der allein die Rede von de Broqueville überhaupt entstehen konnte. De Broqueville hat, wie gesagt, manches sehr diplomatisch ausgedrückt und hat trotzdem offen genug gesprochen, um den ganzen tragischen Ernst der Lage offenbar zu machen.

Die Tragik der Lage besteht darin, daß die Schwäche der Mächte, die eine geschlossene Front gegen die Wiedergeburt des deutschen Militarismus darstellen sollten, nicht bloß auf die Schwäche einzelner Staatsmänner und auf die unklare Haltung einiger Parteien zurückzuführen ist, sondern auch den Strömungen und Gefühlen entspringt, die an sich außerordentlich wertvoll sind. Es ist nämlich tragische Paradoxie unserer Zeit, daß die Sehnsucht der Völker nach dem Frieden, ihre stärkste Abneigung gegen den Krieg die Kriegsgefahr nicht mindert, sondern vergrößert. Der Friedenswille des französischen und englischen Volkes erweist sich zuweilen als eine Kraft, die die Politik der Verhinderung des Krieges nicht fördert, sondern hemmt und zugleich jeder faschistischen Politik, die durch solche Hemmungen nicht gebunden ist, den Vor-schub leistet.

Wir haben hier die englische Außenpolitik mehr als einmal scharf kritisiert, sind uns aber klar darüber, daß Herr Simon überhaupt nur deshalb der Leiter der englischen Außenpolitik bleiben kann, weil jede Berufung auf die friedliche Verständigung in England eine nahezu moaische Wirkung ausübt. Die Haltung, die die englische Arbeiterpartei noch bis vor kurzem einnahm, ist der beste Beweis dafür. In Frankreich sind freilich die Ergebnisse wegen der Sicherheit des Landes unvergleichbar stärker als in England, wo erst in der letzten Zeit sich die Furcht vor dem eventuellen Luftangriff zu verbreiten scheint. Jede französische Regierung fühlt sich aber verpflichtet, den Nachweis führen zu können, daß sie nichts unterlassen hat, um die friedliche Lösung zu erreichen, und alles getan hat, um die Kriegsgefahr zu bannen. Das wäre an sich außerordentlich begrüßenswert, wenn nicht die Gefahr damit verbunden wäre, daß mancher energische Schritt, der wirklich dem Frieden dienen könnte, deshalb unterbleibt, weil er in einen Akt der den Frieden bedrohenden Politik umgedeutet werden kann.

Dazu kommt in Frankreich die Rücksicht auf die anderen Großmächte, das Bestreben, seine Politik mit der von England und Italien, soweit es nur geht, zu koordinieren. Da die französische Politik auf die gemeinsame Aktion der Mächte hinauszielt, ist für sie diese Rücksicht an sich selbstverständlich. Bis Mitte Oktober war diese Politik auch erfolgreich. Jetzt wissen wir, daß Deutschland durch seinen Austritt aus dem Völkerbund die Front der Mächte gesprengt und die französische Politik um ihre Früchte gebracht hat. Frankreich geriet hiermit in Gefahr, im Westen Europas isoliert zu werden. Die Unterstützung Englands blieb zwar für den äußersten Fall sicher, d. h. aber für die Zeit, da es schon zu spät wäre, und Italien benützte die entstandene Verwirrung, um

Saargebiet - Frankreichs Pfand?

Für Abrüstungs-garantien Deutschlands

Paris, 13. März. In gutunterrichteten politischen Kreisen weist man darauf hin, daß die französische Antwort auf die englischen Abrüstungsvorschläge nicht vor Ende dieser Woche in London überreicht werden. Der heutige Ministerrat werde sich zwar mit dem Wortlaut dieser Antwort beschäftigen, den endgültigen Text aber erst nach dem Zusammentreten des Landesverteidigungsrates aufheben, der wahrscheinlich am kommenden Donnerstag stattfinden wird.

Die Pariser Morgenpresse glaubt nichtsdestoweniger, schon jetzt darauf hinweisen zu können, daß die französische Antwort negativ ausfallen werde. Frankreich, so erklärt der „Matin“, werde in sehr höflicher, aber sehr entschlossener Form die Bedingungen stellen, von denen es den Abschluß eines allgemeinen Abkommens abhängig mache.

Besonders ausführlich sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen der Außenministerin des „Cenore“, Genevieve Tabouis, die ihre Informationen stets bei guten Quellen zu schöpfen pflegt. Sie schreibt am Dienstag, daß bereits bei der letzten Sitzung des Landesverteidigungsrates zutage getreten sei, daß sich der größte Teil der Mitglieder der Auffassung des Generals Bessand anschloße, der dabei in voller Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten, dem Kriegsminister und dem Außenminister stehe. Diese Auffassung gehe dahin, daß man in der Antwort darauf hinweisen müsse, daß die französische Regierung angesichts der Aufrüstung Deutschlands und angesichts der augenblicklichen politischen Verhältnisse nicht in der Lage sei, sich in der Rüstungsfrage irgendwie zu binden und deshalb bringend rate, abzuwarten, vorausgesetzt, daß England keine besondere Sicherheitsgarantien anbiete.

Die französische Regierung, so schreibt Genevieve Tabouis, sei der Auffassung, daß sie durch den Abschluß eines allgemeinen Abkommens, in dem die Zustimmung zur Aufrüstung Deutschlands enthalten sei, gleichzeitig das einzige Pfand verliere, das sie augenblicklich im Saargebiet noch in Händen habe. Die Berichterstatterin will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß man in Regierungskreisen den Standpunkt vertritt, daß Frankreich, wenn es den Abschluß eines solchen Abkommens ablehne, im Januar 1935 mit voller Berechtigung erklären könne, Deutschland habe die Verträge nicht geachtet, und Frankreich sehe sich daher auch nicht veranlaßt, sie zu achten, und weigere sich, das Saargebiet zu verlassen, solange Deutschland nicht eine andere Politik einschlägt.

Klare Sprache

Vor der französischen Note

Ind. Paris, 13. März. Der Außenpolitiker des „Excelsior“ schreibt im Zusammenhang mit der bevorstehenden französischen Antwort auf die letzten englischen Abrüstungsvorschläge, die französische Regierung habe nicht die Hoffnung aufgegeben, schließlich doch noch zu einem Abkommen zu gelangen, sie werde aber niemals ihre Zustimmung zu zweifelhaften Experimenten geben.

Der „Petit Parisien“ erklärt, daß die französische Antwort keine technische Einzelheiten enthalten werde. Trotzdem fordere ihre Abfassung die größte Aufmerksamkeit, weil man gegenüber der teilweise gemachten und kalkulierter Ungenauigkeit der Vorschläge eine klare und ungewöhnliche Sprache sprechen müsse. Die Aufgabe der französischen Regierung wäre jedenfalls leichter gewesen, wenn man ihr gewisse Zugeständnisse in der Frage der Garantien, der Effektivbestände und der Rüstungen überhaupt gemacht hätte.

„Keine Propaganda“

Und ein Blick in die Küche der „deutschen Front“

Die „Volkstimme“ berichtet aus St. Ingbert: Eine Witwe in der Kohlenstraße wurde von den Werbemännern der „deutschen Front“ solange bearbeitet, bis die arme Frau in der Verzweiflung und vor Angst wegen den Drohungen ihre Namen unterzeichnete. In einer anderen Straße wurde eine Familie von einem jungen Werber mehrere Male aufgesucht, um die Unterschrift zur Aufnahme in die „deutsche Front“ zu erreichen. Als dieser junge Mann dabei kein Glück hatte, erklärte er der Familie: „Dann müssen wir annehmen, daß sie zu den Franzosen wollen.“ In der weiteren Auseinandersetzung erklärte der Werber: „Es geht uns ja nur darum, die Abstimmung zu verhindern, weil es dabei doch sicher einen

Kampf gibt, den wir nicht wollen. Wir möchten mit diesen Unterschriften den Franzosen nur beweisen, daß wir die ganze Saarbevölkerung hinter uns haben.“ Der Werber glaubte, die Familie dadurch einschüchtern zu können, daß er erklärte: „Die ganze Straße hat schon unterschrieben bis auf drei bis vier, und dieselben sind gekennzeichnet.“ Zum Schluß meinte er noch: „Bei einer Abstimmung sind die Franzosen ja doch blamiert, und der Völkerbund hätte sich ja schon um nichts mehr gekümmert.“ Wie weit der Terror von Tag zu Tag in St. Ingbert in verstärkter Maße zunimmt, dazu folgender Fall: In der Generalversammlung der S.S.-Ordnung wurde der Führer Max Braun auf Wunsch der Ortsgruppe gesprochen. Seit dieser Versammlung hat nun der Terror gegen den Vokalhaber von der Raaiseite aus so stark eingekehrt, daß die Familie nicht mehr ein noch aus weiß. Man ging mit allen Schikanen vor und scheute nicht zurück vor den schlimmsten Drohungen, nur um den Vokalhaber mürbe zu machen. Man ging sogar soweit und drohte ihm, wenn er die Volkstimme nicht abbestelle, würde sein Sohn, der als Angehöriger bei der Stadt beschäftigt ist, entlassen werden, des weiteren würde die Brauerei Gebr. Becker die Kündigung des Vokals aussprechen, sobald Max Braun nochmals in diesem Vokal sprechen sollte und sie die „Volkstimme“ nicht sofort abbestellen würden. Wir glauben weder an die Drohung, die seitens des Bürgermeisterrates ausgegangen sein sollte, noch an die Kündigungsdrohung betreffs des Vokals von Seiten der Brauerei Gebr. Becker aus. Aber in Wirklichkeit sind es von nationalsozialistischen Elementen ausgeübte Terrorakte und Drohungen, um die „Freiheitsfront“ und ganz besonders die „Volkstimme“ zu schädigen. Ein fanatischer Nazi von Beruf Schneider, beschäftigt bei einer jüdischen Firma in Saarbrücken, äußerte sich einem anderen gegenüber: „Wenn ich gewußt hätte, daß der Landesvertreter Max Braun in St. Ingbert sprechen würde, hätte ich mir die 10 000 Franken sehr leicht verdienen können.“ Wir sind diesen Elementen, die dem Vokalhaber aufs schwerste gedroht haben, auf der Spur. Es sind jene, die sich jetzt in der „deutschen Front“ besondere Vorkommen erlauben wollen. Dieser ungeheure Gewissensterror scheint sich in allen Orten des Bezirks St. Ingbert bemerkbar zu machen. Wie uns aus Koblenz gemeldet wird hat sich der Ortsgruppenleiter der NSDAP, ein gewisser Herr Seltzer, der selbst nicht abstimmungsbedürftig ist, ange macht, an das Bürgermeisterrate ein Schreiben zu richten, worin er den Bürgermeister auf-forderte, die „Volkstimme“ sofort abzubestellen. In Wersheim lief ein Werber der sogenannten „deutschen Front“ die Karte aus dem Saal. Der junge Mann, namens Ludwig Feiner, sprach bei einem Genossen wegen Eintritts in die „deutsche Front“ vor. Auf das Betragen, was ihn denn dazu geordert hätte, erklärte er prompt, der Ortsgruppenleiter. Auf eine weitere Frage: „Was wollen Sie eigentlich mit dieser Werbung bezwecken?“ erklärte der genannte Werber: „Wir wollen durch diese Probabstimmung die Franzosen zwingen, das Saargebiet ohne Abstimmung herauszugeben.“

Noch ein Exempel

Der Generaldirektor der Gruben berichtet

Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung, die der Generaldirektor der Saargruben, Guillaume, dem außenpolitischen Redakteur des Blattes, Bourgues, gewährt hat. Die Unterredung bezog sich vor allem auf die Propaganda Röhling gegen die Romanischschulen und den Prozeß, der förmlich deswegen vor dem Obersten Gerichtshof in Saar-louis stattfand.

Guillaume sagt unter anderem: Herr Röhling hat erklärt: „Wer seine Kinder in die französische Schule schickt, der begeht Hochverrat.“ Man weiß, was das in Hitler-Deutschland bedeutet. Um eine solche Handlung zu bestrafen, sind alle Mittel gut, und trotz der Verordnungen der Regierungskommission sind viele von ihnen in händigem Gebrauch: Drohung mit Entlassung, Entziehung von Armenunterstützungen, Dandareißlichkeiten, Beleidigungen aller Art gegenüber den Kindern, die die französischen Schulen besuchen. Androhung von Repressalien nach 1935 um. Aber was noch schlimmer ist, das ist der Druck auf die Gewissen durch den laarländischen Klerus auf der Kanzel und im Beichtstuhl. Als Beispiel kann man folgenden bezeichneten Fall zitieren, den sich ein Richter geleistet hat. Durch eine Verfügung vom 2. Februar 1933 hat ein Vormundschlichter einen preussischen Vergamann aufgefordert, seine Kinder von der französischen Schule zu nehmen und sie in die deutsche Schule zu schicken, und er hat hinzugefügt, daß eine Weigerung aus mehreren Gründen als ein Mißbrauch des Vaterrechtes angesehen werden und den Verlust dieses Rechtes nach sich ziehen würde.“

seinen machtpolitischen Vorstoß in Mittel- und Südost-europa zu forcieren. Es schien schon auf dem besten Wege zu sein, einen faschistischen Staatenblock zu schaffen, der das ganze Europa in seiner Mitte durchquert. Da trat aber die Wendung ein, die eine Wendung zur Besserung der Lage werden kann.

Vielleicht wird der künftige Geschichtsschreiber berichten, wie der heldenhafte Kampf einiger zehntausende österreichischer Sozialdemokraten die europäische Kultur gerettet hat. Wir stellen heute fest, daß dieser Kampf die glatte Abwicklung der italienischen Pläne in Mitteleuropa zerstörte. Italien sieht sich jetzt vor die Aufgaben gestellt, denen es nicht gewachsen ist, und fürchtet, daß es durch weitere Perfolgung seiner Politik in Mitteleuropa dem deutschen Vorstoß die Chancen eröffnet, die Italien selbst außerordentlich gefährden würden. Mit anderen Worten: Italien kann nicht Mitteleuropa nach seinen Wünschen organisieren gegen die übergroße Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, gegen die Kleine Entente und gegen das Deutsche Reich. Es hat aber selbst die Möglichkeit zerschlagen, Österreich mit seinem Volk zum Damm gegen den deutschen Vorstoß zu gestalten. Aus dieser Situation werden wir die Tendenzen zur schärferen Distanzierung von der deutschen Politik und zur engeren Anlehnung an Frankreich, die in Italien vernehmbar werden, zu erklären haben.

Der „Beleidiger“ Hindenburgs

Heinz Liepmann schreibt aus dem Gefängnis

Heinz Liepmann hat seinen Verteidiger Mr. Arancors Panweils aus dem Gefängnis einen Brief geschrieben, in dem er die Gründe darlegt, aus denen er keine Berufung gegen

die Gefängnisstrafe von vier Wochen wegen Beleidigung Hindenburgs einlegt.

Liepmann schreibt darin, daß er in Briefen aus England, Frankreich und Holland aufgefordert worden ist, Berufung einzulegen, und versichert noch einmal, daß er einen Tatsachenroman geschrieben hat, d. h. daß die angeblich Hindenburg beleidigende Wendung in Deutschland vielfach gebraucht wurde. „Warum wird die Bibel nicht verboten, worin Gotteslästerungen stehen, die wenn ich sie ansprechen würde, mir einen Prozeß wegen Gotteslästerung eintragen würden?“ fragt Liepmann seinen Verteidiger. „Eine niederländische Rechtsbank hat mich verurteilt, nicht weil sie die Wahrheit meiner Reportage in Amstel zog, sondern weil die Wahrheit ausgesprochen wurde. Ich gelte, daß mir der Mut fehlt, mich in dieser Sache noch einmal dem Urteil eines Gerichts zu unterwerfen. Ich wohnte in Hitler-Deutschland und weiß, daß es Umstände gibt, unter denen bürgerliche Gerichte urteilen wie einst über Galilei geurteilt worden ist. Als mein Vater im Krieg fiel und meine Mutter verdingert war, wurde ich als „Kriegsfind“ nach Holland geschickt. Sie werden begreifen, daß ich mit dem gleichen Schreck, mit den gleichen Gefühlen von damals jetzt wiederum nach Holland kam. Als ich aus dem deutschen Konzentrationslager flüchtete, erlitten mir Holland als das Land der Freiheit und des Rechts. Nein, ich lebe ab von meinem Berufsrecht und überlasse es meinen holländischen Freunden, in ihrem Land für Recht zu sorgen. Selbstverständlich lehne ich ein Gnadengeß ab. Ich nehme an, daß die holländische Regierung ihr Wort hält und mich nach Belgien ausweist. Dann soll ich weiter die Wahrheit schreiben.“

Verschärfte Anwendung des § 218

(Anspr.) Der Arzt Dr. Raubales wurde vom 1. Instanzgericht Offenbach wegen Abtreibung zu 3 Jahren 10 Monaten und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren verurteilt.

Instandsetzung von Wohngebäuden Hilfsaktion an der Saar

In einer ihrer letzten Sitzungen beschloß die Regierungskommission zur Weiterführung der in Angriff genommenen Zuschußaktion für die Instandsetzung von Wohngebäuden schon jetzt einen vorläufigen Kredit von 500 000,— Fr. zu bewilligen. Die endgültige Festsetzung des zu diesem Zweck im Haushaltsplan für 1934 vorgesehenen Betrages ist bis zu den Etatsberatungen für das kommende Rechnungsjahr zurückgestellt worden.

Leipzig

Enttäuschung

Amtlich ist leidliche Zufriedenheit mit der Leipziger Messe befohlen, soweit das Inlandgeschäft in Betracht kommt. Mit dem Auslandgeschäft ist freilich gar nichts anzufangen. Das war eine einzige Pleite. Drei Pressestimmen mögen die Enttäuschung zeigen.

So schreibt das „Hamburger Fremdenblatt“: „Das ausländische Einkäuferelement ist zwar ziemlich gut vertreten, vor allem aus den kontinentalen Ländern, aber die Einkäufe auf ausländische Rechnung beschränken sich in vielen Fällen auf Musterordern. Das Geschäft mit den Vereinigten Staaten fällt auf der Messe, wie es scheint, aus. Das technische Spielzeug, soweit es sich um die Inlandsnachfrage handelt, ist gegenüber den Artikeln zum Soldatenspielen (!) zurückgetreten, so daß die Fabrikationsumstellung auf gewisse Schwierigkeiten stößt.“

Die „Vossische Zeitung“ gesteht: „Die verkauften Mengen sind zum Teil nicht groß, weil die Liquidität des Handels noch verbessert werden muß. Bisher ist das Exportgeschäft, von Ausnahmen abgesehen, gering.“

Die „Saarbrücker Zeitung“ ist noch deutlicher: „Die Erfahrungen der saarländischen Aussteller stimmen ziemlich bündig mit den Erwartungen überein, denen wir in unseren vorausgegangenen Berichten Ausdruck gegeben haben: lebhaft erkundigungen, starke Beachtung der Leistungsfähigkeit, aber kein Geschäft.“

Sachsens Spitzenindustrie

„Prager Presse“ berichtet: „Die sächsische Spitzenindustrie befindet sich in einer geradezu katastrophalen Lage. Der Jahresumsatz im Jahre 1933 betrug ungefähr nur 20 Prozent desjenigen von 1927. Die Ausfuhr ist von 598 Doppelpennern im Jahre 1930 auf 104 im Jahre 1933 zurückgegangen.“

Sterbende Warenhäuser

Ungünstige Januarergebnisse

Die vom Institut für Konjunkturforschung ermittelten und im Verbandsorgan, dem „Ueberblick“ veröffentlichten Umsätze der Waren- und Kaufhäuser im Januar 1934 lassen sich wegen der Verlegung der Inventurverkäufe nur schwer mit denen des Vorjahres vergleichen. 1933 fand der Inventurverkauf überall Anfang Januar statt, während er in diesem Jahr an den meisten Plätzen in der ersten Hälfte des Februar abgehalten wurde. Die besonders ungünstigen Umsatzergebnisse im Januar sind also wahrscheinlich auf diesen Sonderfaktor zurückzuführen. Bei den Warenhäusern lagen die Umsätze um 35 Prozent unter Vorjahrshöhe (im Dezember 1933 95 Prozent, im Durchschnitt 1933 rund 19 Prozent) wobei der niedrige Stand zu berücksichtigen sei, den die Umsätze bereits vor einem Jahr erreicht hatten. Die Umsätze der Kaufhäuser waren um 27 Prozent (Dezember 1933 1,3 Prozent), Durchschnitt 1933 13,5 Prozent) niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. In Textilien und Bekleidung lagen die Warenhausumsätze 41,5 Prozent, die Kaufhausumsätze 28 Prozent unter Vorjahrshöhe, während die Umsätze in den Fachgeschäften für Textil- und Manufakturwaren um 1,2 Prozent und in den Fachgeschäften für Herren- und Knabenkleidung um 1,6 Prozent niedriger waren als vor einem Jahr. Bei diesem Vergleich muß jedoch beachtet werden, daß die Inventurverkäufe für die verschiedenen Betriebsformen des Einzelhandels nicht die gleiche Bedeutung haben. Für die großen Häuser spielen sie eine größere Rolle als für die kleineren und mittleren Betriebe, so daß die Verlegung bei den großen Betrieben besonders starke Umsatzenfälle hervorgerufen mußte. Ein abschließendes Urteil wird sich erst gewinnen lassen, wenn auch die Ergebnisse für den Februar vorliegen.

„Führerprinzip“ im Handwerk

Hier wird ohne Kündigung gearbeitet

Vom Reichsstand des deutschen Handwerks wird darauf hingewiesen, daß auf der ersten Reichstagung der Präsidenten der Handwerkskammern das Führerprinzip im deutschen Handwerk restlos verwirklicht und der Weg zu einer gesunden Aufwärtsentwicklung geebnet worden sei. Die Handwerkskammer-Präsidenten hätten nämlich einmütig folgende Erklärung abgegeben:

„Ich erkläre hierdurch, daß ich aus der Notwendigkeit des nationalsozialistischen Führerprinzips heraus jederzeit bereit bin, mein Amt als Präsident der von mir geleiteten Handwerks- oder Gewerkekammer dem Reichshandwerksführer bedingungslos abzutreten und auf Ersuchen des Reichshandwerksführers von meinem Amte zurückzutreten. Damit verzichte ich gleichzeitig auf die Geltendmachung irgend welcher Ansprüche und Rechte an die von mir geleitete Körperschaft, und zwar auch dann, wenn sie mir gesetzlich, statuten- oder etatismäßig an sich zuständen. Ich versichere, daß ich von dieser Erklärung auch meiner gesetzlichen Aufsichtsbehörde unter Uebersendung des Wortlauts Kenntnis gegeben habe.“

Unzufriedene Bauern

(Inpreß.) Die Bauernschaft des Erzgebirges wählte eine Abordnung, die beauftragt wurde, bei der Bezirkshauptmannschaft gegen die „Neuregelung der Milchwirtschaft“ zu protestieren, nach der die Bauern zur Abgabe von 2 Pfennig pro Liter Milch an die Behörden verpflichtet sind.

Unruhe in den Betrieben

„Disziplin oder ...“

Die Aufhebung fast der gesamten arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen durch das am 1. Mai in Kraft tretende Gesetz zur Verklammerung der deutschen Arbeiterschaft (euphemistisch Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit genannt), hat eine außerordentliche Erregung unter den Arbeitern ausgelöst. „Aus zahlreichen Meldungen ersehe ich“, muß der Berliner Treuhänder beruhigen, „daß allgemein bei den Belegschaften ... die Besorgnis besteht, nach dem 1. Mai keine stabilen Lohn- und Gehaltsgrundlagen mehr zu haben. Viele Werksangehörige befürchten, daß die Löhne und Gehälter willkürlich gesenkt werden könnten. Nach Mitteilungen sollen sich auch Werksleitungen gegenüber den Betriebsvertretungen in dieser Richtung geäußert haben. Dadurch ist Unruhe in die Wirtschaft gebracht worden.“ „Um all dem Gerede wirksam entgegenzutreten“, verspricht der Berliner Treuhänder, „daß die bisherigen Tarife als untere Lohngrenze für die Zukunft gelten sollen. Eine Unterschreitung der Grenze ohne Zustimmung des Treuhänders der Arbeit ist in keinem Falle gestattet“; mit seiner Genehmigung, sagen sich die Arbeiter, können also die Löhne doch gesenkt werden!

Die mißtrauischen Arbeiter ließen sich durch die Versicherung des Berliner und Bremer Treuhänders nicht beruhigen. Die Erregung wuchs, als bereits am Tage nach der Erklärung

des Berliner Treuhänders das Reichsarbeitsministerium das Versprechen dieses Treuhänders in aller Form dementierte: nach Möglichkeit sollen die Tarife nicht verlängert werden!

Um die Unruhe in den Betrieben zu dämpfen, versuchte man eine Ablenkung. Eine Reihe deutschnationaler und jüdischer Kleinunternehmer wurden wegen Preistreiberei vorübergehend verhaftet, und in der Pfalz wurden elf Dorf-bäckermeister eingesperrt, weil sie das 6-Pfundbrot um zehn Pfennig im Preise erhöhten. Doch auch dieses Ablenkungsmanöver verding diesmal bei den Arbeitern nicht, die in zwölf Monaten „drittes Reich“ ihre Erfahrungen gesammelt haben. Die „deutsche Arbeitsfront“ versuchte nun in ihrer Ratslosigkeit, durch Drohung mit dem Konzentrationslager die Diskussion in den Betrieben zu unterdrücken. Das Presseamt der „deutschen Arbeitsfront“ erließ eine Warnung unter der Ueberschrift: „Disziplin oder ...“. „Die Behauptungen, die jetzt in den letzten Tagen da und dort von Miesmachern oder Ueberängstlichen verbreitet worden sind, nach dem 1. Mai würden die Löhne gesenkt, müssen auf das schärfste bekämpft werden ... Disziplin, ihr Meckerer und kleinen Geister, sonst geht es auch wie den Bäckermeistern in der Pfalz!“ Wer sich gegen Lohnsenkung wehrt, kommt also ins Konzentrationslager.

Deutsches Lohndumping droht

(ITF.) Einflußreiche deutsche Exportkreise verlangen, wie der Reichsbankpräsident Dr. Schacht mitteilte, Abwertung der Mark bei gleichbleibenden Geldlöhnen, um damit durch gleichzeitiges Valuta- und Lohndumping die deutsche Ausfuhr zu steigern. Die nationalsozialistische Regierung schreckt jedoch im Augenblick noch vor einer offenen Inflation zurück, da sie den Widerstand der Millionen kleinen Sparer fürchtet, die auf Grund ihrer Erfahrungen bei der Entwertung der Mark im Jahre 1923 auf jede offene Inflationsmaßnahme mit einer Panik reagieren würden. Die Diktatur fühlt sich einem zu erwartenden gleichzeitigen Widerstand dieser Sparer und der Arbeiter noch nicht gewachsen. Die Exportkreise sollen daher die Möglichkeit eines kombinierten Währungs- und Lohndumpings erhalten, aber bei Schonung der kleinen Sparer, auf Kosten der Arbeiter und der ausländischen Gläubiger. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat den an der Ausfuhr interessierten Kreisen versprochen, daß Valutadumping durch das Scripsverfahren

weiter ausgebaut werden soll. Wie bekannt, erhalten die ausländischen Gläubiger den größten Teil der ihnen zustehenden Zinsen nicht in bar, sondern in Zinsgutscheinen (Scrips), für die die deutsche Golddiskontbank nur einen Bruchteil des Nennwertes in nichtdeutschen Devisen zahlt. Der dadurch dem Gläubiger vorenthalte Teil der Zinsen wird zur Förderung des deutschen Exportes verwandt, d. h. zu einem Dumping, das nach der Erklärung Dr. Schachts jetzt verschärft werden soll.

Gleichzeitig hat Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt — auf den die beschleunigte Zerschlagung der letzten Reste der Arbeiterorganisationen zurückzuführen ist — durch die Einführung der Werktarife die Voraussetzung auch für ein Lohndumping geschaffen, also für speziellen Lohndruck (auch von Fall zu Fall) in der deutschen Exportindustrie. Damit wird das Lohnniveau nicht nur aller anderen deutschen Arbeiter, sondern auch der Arbeiter aller Länder bedroht.

„Berge von Klagebriefen“

(Inpreß.) Der „Führer des schlesischen Hausbesitzes“, Jenke, erläßt einen Aufruf, dem wir entnehmen? „Wir, der schlesische Haus- und Grundbesitz, sind die gewaltigste Wirtschaftsmacht, die berufen ist, der deutschen Kultur, dem Kulturfortschritt zu dienen“. Trotzdem wollen die „Meckerer“ nicht schweigen. „Undankbar und unverständig sind Hausbesitzer wie Mieter“, heißt es weiter, „die da behaupten, daß die Regierung nichts für sie getan hätte. Die Uebernahme der Führung des schlesischen Haus- und Grundbesitzervereins brachte mir Berge von Klageschriften seitens der Mieterschaft.“

Zwangsverschidungen

Fabrikarbeiterinnen und „Landhilfe“

Das Hamburger Arbeitsamt hat in Gegenwart von Vertretern der Presse den Versuch gemacht, einer Anzahl junger erwerbsloser Fabrikarbeiterinnen Arbeit in der Landwirtschaft nachzuweisen. (200 000 „Landhelfer ohne Lohn“ sollen bekanntlich bereits in der Landwirtschaft untergebracht worden sein.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ schreibt über den Versuch des Arbeitsamtes folgendes: „Es muß hier leider offen ausgesprochen werden: sehr vielen dieser jungen Fabrikarbeiterinnen scheint in der Zeit ihrer Erwerbslosigkeit das moralische Rückgrat verloren gegangen zu sein. Im Arbeitsamt Kohlhöfen sind etwa 300 ledige junge Fabrikarbeiterinnen zusammengerufen worden, denen Arbeit in der Landwirtschaft nachgewiesen werden soll. Daraufhin meldete sich über 150 von 300 krank. Keines der Mädchen meldete sich trotz mehrfacher Anfrage freiwillig für die Landhilfe! 30 Mädchen schieden freiwillig aus der Unterstützung aus und verzichteten auf jegliches Geld. 52 Unterstützungssperren mußten verhängt werden, da die Erwerbslosen sich weigerten, die angebotene Arbeitsgelegenheit anzunehmen. Der Rest, etwa 200 Mädchen, erklärte sich zur Arbeitsannahme bereit, nachdem ihnen die Verpflichtung zur Arbeit und die Folgen ihrer Weigerung klargemacht wurden. Die Durchführung aber stößt, wie sich mehrfach gezeigt hat, bei den städtischen Erwerbslosen auf vielfachen Widerstand.“

Dieser Bericht ist um so aufschlußreicher, als er erkennen läßt, unter welchem Druck die Erwerbslosen zu nicht diskutierbaren Bedingungen auf das Land verschickt werden.

139 Millionen neue Osthilfe ...

(Inpreß.) Die Bank für deutsche Industrieobligationen gibt bekannt, daß im Rahmen der Osthilfe bis zum 30. September 1933 219 Millionen Reichsmark aufgewandt wurden; am 28. Februar war der Betrag um 61 Millionen auf 283,36 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Auszahlung weiter 75 Millionen ist bereits bewilligt und soll demnächst erfolgen.

... und Baumstümpfe für Erwerbslose

(Inpreß.) Im Hugenbergschen „Tag“ vom 8. März erschien ein Foto von Notstandsarbeiten, die an der Landstraße Berlin—Zossen in Groß-Machnow durchgeführt werden. Unter dem Bild, das eine Anzahl von Erwerbslosen bei Erdarbeiten zeigt, befindet sich dieser Text: „Durch die Verbreiterung der Landstraße Berlin—Zossen müssen ungefähr 70 alte Linden niedergelegt werden. Die Arbeit wird von Erwerbslosen durchgeführt, die dafür das Holz der Bäume erhalten.“

Berlins „wertvollste Maßnahme“

(Inpreß.) Der Staatskommissar für die Stadt Berlin, Dr. Lippert, erklärte in der Funkstunde Berlin: „Wenn Sie mich nach den mir am wertvollsten erscheinenden Maßnahmen fragen, so möchte ich vor allem darauf hinweisen, daß annähernd 5000 altbewährte nationalsozialistische Kämpfer innerhalb der Berliner Verwaltung neu in Lohn und Brot gebracht worden sind.“ Früher hieß so was: Parteibuchwirtschaft.

Geist des Nationalsozialismus

(Inpreß.) Die „Westfälische Landeszeitung“ schreibt: „Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß bis zur nächsten Versammlung des grafischen Gewerbes die Firmen des grafischen Gewerbes, die es angeht, sich eines nationalsozialistischen Geistes befleißigen, andernfalls ist zu erwarten, daß bei der nächsten Versammlung des grafischen Gewerbes einige Druckfirmen öffentlich an den Pranger gestellt werden.“

Was ist geschehen? Die Firmen, denen mit dem Pranger gedroht wird, hatten zu niedrige Preise gemacht.

„Arbeitschlacht“ gegen Selbstrasierer

In einer Handwerkerversammlung in Neumarkt (Bayern) beantragte die Friseurinnung die Einführung der Besteuerung von Rasierapparaten.

Amerikas Großverdiener

Die großen amerikanischen Konzerne, die mit nur wenigen Ausnahmen in Verfolg der Wirtschaftsdepression in eine schwere Rentabilitätskrise hineingeraten waren, hatten im letzten Jahre angesichts des konjunkturellen Wiederaufstiegs fast durchweg eine bemerkenswerte Besserung der Ertragsverhältnisse zu verzeichnen. Die nachstehend zusammengestellten Abschlußergebnisse von 15 Großkonzernen zeigen, daß zwei Gesellschaften im letzten Jahre an Stelle der 1931 erlittenen Verluste Gewinne erzielt haben, daß weitere vier Unternehmen ihre Gewinne im Vergleich zum Vorjahre teilweise beträchtlich steigern konnten und daß bei fünf Gesellschaften erhebliche Verlustminderungen eingetreten sind.

	Gewinne bzw. Verluste (—) in Mill. DoL			
	1929	1931	1932	1933
General Motors	245,97	96,88	0,16	83,21
U. S. Steel Corp.	195,45	13,04	— 71,18	— 36,52
American Tel & Tel.	166,00	166,67	145,91	137,46
duPont de Nemours	78,17	53,19	26,23	38,98
New York Central				
Railroad	77,43	2,43	— 18,26	— 5,41
General Electric	67,29	40,96	14,40	13,43
Bethlehem Steel	42,24	0,12	19,40	— 8,74
Woolworth	35,66	41,35	22,10	— 28,69
Reynolds Tobacco	32,21	36,40	33,67	21,15
Western Electric	26,99	10,82	— 12,63	— 13,77
Chrysler	21,90	1,47	— 11,25	12,13
Youngstown Sheet	21,56	— 7,04	— 13,27	— 8,34
Goodyear	18,61	1,33	— 0,35	6,02
United Fruit	17,80	6,78	5,71	9,24
Radio Corp.	15,89	0,77	— 1,13	— 0,53

Die in der Tabelle aufgeführten 15 amerikanischen Gesellschaften hatten zusammen im Jahr 1933 einen Gewinnsaldo von 276,87 Millionen Dollar zu verzeichnen gegen nur 100,21 Millionen Dollar im Vorjahre, jedoch 465,17 Millionen Dollar 1931 und 1063,17 Millionen Dollar im Prosperitätsjahre 1929.

„Vertrauensmann“ ohne Rechte

Das „Arbeitsgesetz“ des „dritten Reiches“ enthüllt sich

Berlin, 12. März. Amtlich wird mitgeteilt:

Im Hinblick auf die im März durchzuführende Bestellung der Vertrauensmänner sind die Durchführungsbestimmungen zu dieser Frage von besonderer Wichtigkeit. Es ergibt sich aus ihnen in Verbindung mit dem Gesetz in den Grundzügen etwa folgende Regelung: Die Aufstellung der Liste der Vertrauensmänner hat von Führer des Betriebes im Einvernehmen mit dem Betriebszellenobmann des Betriebes also einem Angehörigen der Betriebszelle, zu erfolgen.

Das der Betrieb keinen Betriebsobmann, so ist die Aufstellung einer Liste nicht möglich.

Es tritt nicht etwa an die Stelle des Betriebszellenobmannes des Betriebes eine außerbetriebliche Stelle der Betriebszellenorganisation. Es kann daher in diesem Falle lediglich die Berufung der Vertrauensmänner und ihrer Stellvertreter durch den Treuhänder der Arbeit erfolgen. Diese Berufung kommt ferner in Frage, wenn eine Einigung zwischen dem Führer des Betriebes und dem Betriebszellenobmann des Betriebes nicht zu erzielen ist oder aus sonstigen Gründen ein Vertrauensrat nicht zustandekommt. Die Berufung von Vertrauensmännern und Stellvertretern durch den Treuhänder der Arbeit ist in jedem Fall in sein Ermessen gestellt. Der Treuhänder der Arbeit kann also unter Umständen auch von der Berufung absehen. Der Betrieb bleibt in diesem Falle ohne Vertrauensrat.

Der „Führer“

Die erforderlichen Vorschriften über den Führer des Betriebes sind bereits im Gesetz selbst getroffen.

Von der Aufstellung besonderer Voraussetzungen ist dabei auch hinsichtlich der Staatsangehörigkeit und der Rassenzugehörigkeit abgesehen worden.

Auch nichtarische Unternehmer können daher Führer des Betriebes sein. Das entspricht den wiederholten Verlautbarungen der Reichsregierung, nach denen die Bestimmungen des Gesetzes über das Berufsbeamtentum für das Gebiet der Wirtschaft keine Anwendung finden.

Die Voraussetzungen, denen die Vertrauensmänner entsprechen müssen, hat das Gesetz in § 8 bestimmt. Es ist dabei u. a. vorgegeben, daß sie der DAF angehören müssen. Wegen Einsprüche über die Liste der Abstimmberechtigten entscheidet der Betriebsführer. Ein besonderer Einspruch gegen diese Entscheidung des Abstimmberechtigten ist nicht vorgesehen. Er kann nur im Zusammenhang mit einer Nachprüfung des gesamten Verfahrens nach Durchführung der Abstimmung unter den weiter unten besprochenen Voraussetzungen erfolgen.

„Abstimmung“

Ergeht sich bei der Abstimmung für keine der als Vertrauensmänner und Stellvertreter aufgestellten Personen eine Mehrheit, so kann der Treuhänder der Arbeit die Vertrauensmänner und Stellvertreter in der erforderlichen Zahl berufen.

Die den Abstimmungsberechtigten genehmene Möglichkeit, einzelne Personen von der Liste der Vertrauensmänner und der Stellvertreter zu streichen, kann dazu führen, daß die Berücksichtigung der Angehörigen oder die Berücksichtigung der Arbeiter im Vertrauensrat in einem offensibaren Mißverhältnis zur Zusammensetzung der Betriebszelle stehen würde. Das gleiche Mißverhältnis in der Zusammensetzung des Vertrauensrates kann sich dadurch ergeben, daß bei Ausscheiden eines Angehörigen aus dem Vertrauensrat der in der Reihenfolge der Liste an seine Stelle tretende Vertrauensmann nicht gleichfalls Angehöriger, sondern Arbeiter ist oder daß bei Ausscheiden eines Arbeiters als Vertrauensmann ein Angehöriger eintritt. Das Gesetz sieht daher vor, daß der Treuhänder der Arbeit zur Beseitigung eines offensibaren derartigen Mißverhältnisses in der Zusammensetzung des Vertrauensrates auf Antrag des Führers des Betriebes einzelne Vertrauensmänner abzurufen und durch andere Vertrauensmänner ersetzen kann.

Die Zwangsjacke

Das sogenannte „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ enthält sich. Bei der ersten Veröffentlichung waren die Einzelheiten dieses Gesetzes noch nicht genau zu erkennen. Es bestand zwar schon damals kein Zweifel über die Tatsache, daß mit diesem Gesetz die völlige Zertrümmerung des

Arbeitsrechtes vorgenommen wurde, aber anhand der Broschüre herauskommenden Ausführungsbestimmungen läßt sich nun ziemlich klar überblicken, in was für eine Zwangsjacke künftig der deutsche Arbeiter gekleidet wird.

Da sieht man zunächst, daß nur dort Vertrauensmänner der Betriebe gewählt werden können, wo Betriebszellenorganisationen der NSD. bestehen, das heißt also, wo wenigstens ein Teil der Belegschaft nationalsozialistisch organisiert ist.

Ganz eindeutig werden damit in einem Gesetz die Arbeitsschichten die nicht nationalsozialistisch organisiert sind, als Menschen zweiter Klasse degradiert. Vertrauensmänner, die nichtnationalsozialistisch organisiert sind, können überhaupt nicht gewählt werden.

Wir haben bereits beim Bekanntwerden des Gesetzes darauf hingewiesen, daß diese Vertrauensleute, die für den Unternehmer so eine Art geduldeten Stab darstellen sollen, vollkommen bedeutungslos sind. Mit welchem Zynismus aber die angebliche arbeiterfreundliche Regierung des dritten Reiches an dieses Gesetz herangegangen ist, geht daraus hervor, daß auch alle Entscheidungen über die Wahl solcher Vertrauensleute in der Hand des Betriebsführers, das heißt des Unternehmers liegen. Die Wahl selbst wird also unter dem Einfluß des Arbeitgebers praktisch dann zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, wenn dem Herrn Chef das Ergebnis nicht gefällt.

Charakteristisch ist auch die Tatsache, daß man durch die Einschränkung von Sonderrechten für die Angestellten eine neue Klassenhebung zwischen den Arbeitnehmerschichten geschaffen hat und unzweifelhaft den Angestellten wieder in jene unwürdige Rolle drängen will, die ihm zeitweise die Stellung des Palastdiener eingebracht hat.

Es ist nur ein Teilabschnitt, der mit der obenstehenden Beschreibung aus dem neuen Gesetz bekannt wird, aber deutlich konnte das „dritte Reich“ sein wahres Gesicht nicht enthüllen.

Die Tarifröhne sinken

... und die Lebensmittel steigen

Im „Angriff“ des Herrn Reichspropagandaministers Dr. Goebbels vom 10. März 1934 finden wir folgende — sorgfältig verheilt in der 4. Beilage — ungemein aufschlußreiche Notiz:

Tarifröhne 1933/34

Im gewogenen Durchschnitt aller erfaßten Gewerbe lagen die Tarifröhne am 1. Januar 1934 für

männliche Handarbeiter	mit 78,4 Rpfl. um 1,6 v. H.
männliche angelernte Arbeiter	mit 68,1 Rpfl. um 0,8 v. H.
männliche Hilfsarbeiter	mit 42,1 Rpfl. um 1,1 v. H.
weibliche Hoch- und angelernte Arbeiter	mit 51,6 Rpfl. um 1,1 v. H.
weibliche Hilfsarbeiter	mit 43,3 Rpfl. um 0,5 v. H.

unter den am 1. Januar 1933 gültigen Pohnsätzen.

Wenn man sich durch die absichtlich in verwirrender Fülle hingeworfenen Zahlen unbeeinträchtigt hindurchkämpft, findet man also: nach einem Jahr Dittlerherrschaft haben sich die deutschen Tarifröhne sogar laut Dittlerstatistik im Durchschnitt um ein volles Prozent gesenkt.

In der gleichen Zeit sind aber die Lebenshaltungskosten im Reichsgebiet — ebenfalls nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes in der offiziellen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ — um 2,1 Prozent gestiegen, nämlich von Indexziffer 1184 auf 1200. Die reinen Ernährungskosten stiegen sogar um 4,8 Prozent — weil die Großmarktarier bekanntlich mit ihren alten Sechszehner-Autos nicht mehr auskommen können.

Also: im ersten Jahr von Dittlers Herrschaft sanken nach Dittlers Eingehändnis die Löhne um 1 Prozent, die Lebens-

Zweimal freigesprochen!

Versuchte Diffamierung eines Essener Beigeordneten

In einem großen Korruptionsprozeß gegen neun Angeklagte in der Hauptphase frühere Essener Rädliche Beamte, wurde heute von der Großen Strafkammer in Essen nach vierzehntägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Der frühere Verwaltungsdirektor der Essener Krankenkasse, Kublmann, wurde wegen Lebensmittelfälschung, fortgesetzten Betruges und Amtsunterschlagung zu einem Jahr Gefängnis, ein mit Kublmanns Straftaten in Zusammenhang stehender Essener Schlächtermeister zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten je 4 Monate, zwei andere je 3 Monate Gefängnis. Unter den beiden Freigesprochenen befindet sich auch der frühere Essener Beigeordnete Dr. Meurer, der bekanntlich in einem früheren gegen ihn vor kurzem allein geführten Prozeß ebenfalls freigesprochen worden ist. In der Urteilsbegründung wurde angeführt, daß gegen Dr. Meurer, der in der Anklage gegen ihn vorgeworfene Verbrechen des Mißbrauches ohne Bezahlung vom städtischen Krankenhaus nicht mehr als begründet angesehen werden könne.

Hitlers Spitzbuben

Der Reichskanzler läßt ein Arbeiterheim stehlen

Die Polizeidirektion Ludwigsbahn hat durch Verfügung vom 12. vorigen Monats das gesamte Vermögen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Ludwigsbahn, auf Grund des Reichsgesetzes über die Einziehung volkswirtschaftlich feindseligen Vermögens zugunsten des Landes Bayern eingezogen. Die Einziehung erstreckt sich insbesondere auf das Naturfreundehaus in Elmlein und die Bootsbootsanlage in der Ostengasse in Wip.

Verbot christlicher Zeitungen

Das „Evangelische Gemeindeblatt“ (Kirchenzeitung für Ostpreußen) ist bis zum 21. März verboten worden. — Auch eine Reihe katholischer Blätter haben Verbote erhalten, so die „Katholische Morgenpost“ bis zum 17. März, die „Hilfswörter der Landespost“ auf vier Wochen, die „Trennung“ in Dortmund, die „Westdeutsche Volkszeitung“, die „Westfälische Volkszeitung“, das „Märkische Volksblatt“, das „Vannener Volksblatt“ und die „Kastrop-Rauxeler Volkszeitung“.

Giordani-Hof

Von G. E. Modigliani

Einer der großen Gemeindeführer des Roten Wien, das damals noch nicht vom Blut der Arbeiter rot war, trug den Namen Matteotti. Heute heißt das Gebäude, das anlässlich des Internationalen Kongresses 1931 Gegenstand einer unvergesslichen Kundgebung war, Giordani-Hof. Wer ist Giordani? Warum ist er eine Art Rivale des sozialistischen Märtyrers?

Giordani war ein Kriegsverfechter. Im Oktober 1920 wurde er auf einer Gegenliste gegen die Sozialisten zum Gemeinderat von Bologna gewählt. Die Sozialisten stellten bei weitem die Mehrheit. Giordani gehörte also der Minderheit an, aber sein übertriebenes Verhalten, seine Zugehörigkeit zur radikalen Partei, wenn wir nicht irren, seine persönliche Art bewirkt, daß er mit seinen Gegnern recht gut kam. Der Sieg der Sozialisten, die ihre seit einigen Jahren betriebene Kommunalpolitik fortsetzen wollten, sehr energisch die Steuererleichterung vertragen und möglichst große Teile des Gemeindefonds und der Wohlfahrtsleistungen den bürgerlichen Organisationen zur Verfügung stellen, entsetzte die But der Großgrundbesitzer. Sie beschloßen, das Gemeindefonds am Tag der Neueinsetzung der neuen Gemeinderäte, Ende Oktober 1920, beschlagnahmt anzusetzen. Die Sozialisten stellten sich zum Kampf. Sie hatten nicht erkannt, daß sie in eine Falle geraten sollten, da die Polizei und die Armee den Auftrag erhalten hatte, den Angriff der Großgrundbesitzer zu unterstützen. An einem der letzten Oktobertage 1920, als anlässlich des Einzuges der neuen Gemeinderäte in das Gemeindefonds diese und der Platz davor von Waffen erfüllt waren, triffen die Großgrundbesitzer an, stehen aber auf bewaffneten Widerstand. Es gab Tote, darunter Giordani, der aus nächster Nähe im Sitzungssaal erschossen worden war. Selbstverständlich befehlten Polizei und Armee sehr rasch das Gemeindefonds. Die Falle hatte sich geschlossen. Belagerungsaufstand und Auflösung der Arbeiterorganisationen und der roten Gemeindeführungen in der Gegend usw. Es war der Beginn der faschistischen Gegenoffensive, obwohl Mussolini offiziell dieser Bewegung keine Zustimmung erteilt hatte. Von allen Ereignissen dieses Tages war es die brutale und sinnlose Ermordung

Giordanis, die in der Öffentlichkeit die größte Erregung hervorrief.

Die gerichtliche Untersuchung über die Ereignisse, die mit großem Eifer mehr als ein Jahr lang geführt wurde, hatte noch nicht zur Feststellung des Mörders Giordanis geführt, als ein wahrer Theater-Goup eintrat. Ein Berufsverbrecher in Bologna erfuhr seine Geliebte und verbrennt die zerstückelte Leiche. Er wird verhaftet und gesteht. Kein Zweifel: er war auch der Mörder Giordanis. Er selbst hatte es zugegeben. Nach dem Mord hatte er bei dem Priester einer kleinen Stadt in der Gegend Schutz gesucht. Während seiner Fahrt dorthin hatte er in der Eisenbahn alles erzählt. Sein Signalement stimmte genau mit der von mehreren Zeugen gegebenen Beschreibung des Mörders Giordanis überein. Dieser Verbrecher, den ich nur mit dem Anfangsbuchstaben seines Namens R. bezeichnen kann, da ich keineswegs seinen Namen nicht sicher bin, war nicht ein gewöhnlicher Verbrecher, sondern bereits mehrmals rückfällig und ein Lockspiegel, dessen sich die Polizei bereits früher bedient hatte, um Zwischenfälle in roten Versammlungen herbeizuführen und andere ähnliche Auftritte durchzuführen. Die Sozialisten in Bologna verlangten daher unverzüglich eine weitere Untersuchung und R. wurde als Mörder Giordanis vor das Geschworenengericht gestellt.

Man konnte unter anderem feststellen, daß die Polizei R. unmittelbar nach der Ermordung Giordanis beim Verlassen des Gemeindefonds verhaftet, ihn aber nach wenigen Stunden freigelassen und nicht mehr benutzbar hatte, obwohl sie sowohl seine Erdrählungen in der Eisenbahn als auch seinen Aufenthalt bei dem Priester kannte, der während einiger Tage dem Mörder gezwungenermaßen Asyl gewährte.

Vor dem Schwurgericht traten als Entlastungszeugen ausschließlich Polizeibeamte auf, die alles taten, um den Mörder Giordanis freizubekommen. Da die Verhandlung sich in einer Atmosphäre der Ennspannung abspielte, in der es wiederholt zu Szenen allgemeiner Mißbrung kam, entschieden sich die Geschworenen dahin, daß der Mörder Giordanis nicht festgehalten sei, um so mehr als R. wegen der Ermordung seiner Geliebten bereits zu lebenslänglichem Inhaft verurteilt war.

Trotzdem ließ der Prozeß seinen Zweifel bestehen, kann selbst bei der Witwe der Ermordeten, die aber erfolgreiche Verteidigung der anderen Angeklagten geführt war.

Giordani war von dem Lockspiegel der Polizei ermordet worden. In Bologna weiß das heute noch jedes Kind. Auch Mussolini weiß es, ebenso wie noch viele andere Einzelheiten im Zusammenhang mit der Ermordung Giordanis.

Anlässlich des Prozesses um die Ermordung Matteottis, über die Benito Mussolini gleichfalls sehr genau orientiert ist, erfuhr ich persönlich folgendes:

Filippo Turati hatte damals von einem Eisenbahner, der aus leicht verständlichen Gründen seinen Namen nicht angab, aber mittelste, wie man mit ihm in Verbindung treten könnte, einen Brief erhalten. Anonyme Briefe stellten bei Turati auf Mißtrauen und so legte er auch diesen beiseite, ohne sich um ihn zu kümmern. Einige Zeit später konnte ich ihn lesen. Es war zu spät, um die darin enthaltenen Angaben zu benutzen. Aber seinen Inhalt habe ich nie vergessen. Es war die ausführliche Darstellung der geheimen Beratung, die Mussolini in Bologna abhielt, um die blutigen Tage von 1920 vorzubereiten, darunter auch einen Akt, der geeignet wäre, die öffentliche Meinung gegen die Roten zur Empörung zu bringen. Die Ermordung Giordanis kann seinen anderen Sinn gehabt haben als diesen.

Turati hatte geglaubt, daß es sich um die Darstellung eines Narren handle. Ich hingegen hielt stets daran fest, daß der Brief die Wahrheit sagte. Zudem konnte man seitdem in Erfahrung bringen, daß noch zahlreiche andere Lockspiegel bei den Ereignissen in Bologna mitgewirkt hatten.

Giordani war also das Opfer eines Mörders, den man als Lockspiegel bezeichnen kann, selbst wenn die Lockspiegel „offiziell“ bei den Ereignissen in Bologna 1920 nicht mitgewirkt haben, die von den Großgrundbesitzern und den Nationalisten mit der Helfershelferschaft der Regierung des faschistischen Reiches vorbereitet und provoziert worden waren. Und am Grunde des Verbrechens ist die Hand Mussolinis zu finden. Für diejenigen, die ihn näher kennen, ist es nicht überraschend, daß er, im letzten Grunde der Verantwortliche der Bluttage in Wien, verlangt hat, daß an die Stelle des Namens Matteotti der eines anderen seiner Opfer trete, das er auf das Schicksal der Sozialisten legen will. Wie muß er gelacht haben, als er vorrief, der Matteottifall sollte künftig Giordanihof heißen. Aber wenn auch der Name geändert ist, so erkennt man doch auf der Stirnband des Wiener Gebäudes das gleiche Urteil über die faschistischen Verbrecher, die sich des Abstrahms der Menschheit bedienen.

Ruhm am Fließband

Die Horst Wessel-Industrie

Wirklich: wenn man die Nazipresse liest, gerät man mitunter in Versuchung, Wilhelm den Zweiten um Entschuldigung zu bitten. Man hat den Ordensfimmel dieses theatralischen Monarchen bespöttelt, man hat die unter seinem Regiment grassierende Sucht nach Titeln und Auszeichnungen verläßt, der Wilhelm wacker Vorschub leistete. Aber gegen Hitler war Wilhelm doch ein Waisenknabe, was öffentliche Ehrungen anbetrifft. Unter ihm mußte ein Beamter immerhin seine fünf und zwanzig Jahre redlich abdieneu, ehe er „Rat“ wurde oder einen Pliepmatz vierter Güte ins Knopfloch geheftet bekam. Die Hitler-Gesellschaft regiert gerade ein Jahr und hat schon dem Kleinsten in ihren Reihen mehr Auszeichnungen verliehen, als etwa Bismarck, Moltke und Roon zusammen im ganzen Leben aufzuweisen hatten!

Kein Tag vergeht, ohne daß nicht einer von ihnen Ehrenbürger wird. So prangt z. B. der preußische Justizminister Kerrl, ein dummer August, über den man noch kurz vor Etablierung des „dritten Reiches“ in seiner Vaterstadt Peine die saftigsten Geschichten hören konnte, jetzt als Ehrenbürger der Nachbarstadt Hildesheim in der Zeitung. Ganze Spalten des „Völkischen Beobachters“ sind gefüllt, weil irgendein brauner Bonze gerade seinen 33., ein anderer seinen 28. Geburtstag feiert.

Am tollsten ist es mit denen, deren „Unsterblichkeit“ parteiamtlich festgestellt ist. Ueber den in den Freiheitskriegen gefallenen Theodor Körner, der immerhin ein Dichter von einigem Rang und freiwilliger Lügger Jäger war, ist nicht halb soviel hergemacht worden wie über jenen zweifelhaften Horst Wessel, dessen „geistige“ Leistungen ein paar stümperhaft gereimte Nachdichtungen sind, und dessen „Martyrium“ darin besteht, daß er ein Opfer der dunklen Kreise wurde, in denen er verkehrte. Die Bücher, Dramen und Gesänge, die auf seinen Namen gehen, sind Legion, aber sie genügen anscheinend nicht, um diesen „Helden“ der Volkseele nahezubringen. Schon kündigt der betriebsame Verlag Franz Eher, der das Bombengeschäft mit Hitlers „Mein Kampf“ gemacht hat, gleich zwei Neu-

erscheinungen „zum Todestag des deutschen Freiheitshelden“ an: Horst Wessel in Bild mit 150 (!!!) Kupfertiefdruckbildern (wie oft hat der im Alter von 24 Jahren Gestorbene sich danach wohl fotografieren lassen?!), außerdem ein von Jungeberg Wessel, der Schwester, geschriebenes Buch: „Mein Bruder Horst“.

Horst Wessel ist danach eine Industrie geworden, einträglich für viele, einschließlich seiner nächste Verwandtschaft. Doch warum sollen sie sich ausschließen vom Zug der Zeit, der dahin geht, die rechtzeitige Begeisterung für Hitler nun in wirtschaftliche Vorteile umzusetzen? — Nein, wir denken an etwas anderes: Jahrzehnte hat es gedauert, ehe dem toten Schiller sein erster Biograf entstand. Heinrich von Kleist zählte fast ein Vierteljahrhundert nach seinem Tode zu den Vergessenen, ehe er für die deutsche Öffentlichkeit wieder entdeckt wurde. Hans von Marées, der bedeutendste deutsche Maler des 20. Jahrhunderts, war bei seinem Tode nur einem ganz kleinen Kreise bekannt und fand erst zwanzig Jahre später einen Biografen. Von Robert Mayer, dem genialen Entdecker physikalischer Grundgesetze, wußte jahrzehntelang kein Mensch etwas, die umwälzenden Entdeckungen, die Mayer in den Jahren 1842 bis 1851 machte, blieben bis 1862 verschollen, erst kurz vor seinem Tode begann Mayer berühmt zu werden.

So sieht das Schicksal wirklicher Leistung, wirklichen Genies aus. Ein 24-jähriger unreifer Jüngling aber, dessen ganze Leistung ein paar Saalschlachten und ein paar Holperverse sind, steigt empor auf Fittichen des Ruhmes, sein inhalt- und bedeutungsloses Leben wird erforscht bis in die kleinsten Winkel, jede Belanglosigkeit dieses Daseins wird auf Seiten und aber Seiten Druckerschwärze festgehalten, am laufenden Band entsteht eine Horst-Wessel-Forschung, eine Horst-Wessel-Literatur, alles skrupellos zurechtgefälscht und zurechtgebogen durch das Göbbelische Propagandasystem!

Zeichen des geistigen Tiefstandes einer Zeit und eines Systems!

„In ihren Gefühlen verletzt“

Mein Leipzig lob' ich mich

„Salander“ schreibt in der Basler „National-Zeitung“:
Eine Berliner Zeitung berichtet, daß der Hauptausschuß der Leipziger Stadtverordneten die Einleitung des Dienstentlassungsverfahrens gegen den Oberstudiendirektor Dr. Behrends und gegen die Lehrerin Fräulein Vorwerk beschlossen habe wegen einer Handlungsweise, die im neuen Staat „unter gar keinen Umständen mehr geduldet werden könne“.

Worin bestand die staatsbedrohende Handlungsweise? Sie bestand in folgendem: In der Mädchenschule, an der die beiden Lehrkräfte angestellt waren, sollten Gedichte nach freier Wahl aufgesagt werden. Eine Schülerin wählte dazu ein rassenstrammes Gedicht des verstorbenen Dietrich Eckart, dem die deutsche Literatur bekanntlich die Prägung der eindringlichen kategorischen Imperative „Deutschland erwache“ und „Juda verrecke“ verdankt.

Die Lehrerin Vorwerk hat nun die Deklamation des Haßgedichts aus der Eckartschen Leier untersagt, und zwar, es ist kaum zu glauben, weil sie befürchtete, zwei nicht vollrassige Schülerinnen der Klasse könnten dadurch in ihren Gefühlen verletzt werden. Daraufhin beschwerte sich der Vater des poesievollen Mädchens, das nun um die Freude, seinen Lieblingsdichter zu Gehör zu bringen, gekommen war, bei der Schulleitung. Was aber tat der Ober-

studiendirektor Behrends? „Er hat versucht, das Verhalten der Lehrerin zu rechtfertigen, und sich gleichsam mit ihr solidarisch erklärt.“ Höchste Zeit, daß solche zerstörerischen Lehrkräfte vom Einfluß auf die Jugend ferngehalten werden. Was würde sonst aus Leipzig werden, wo zwar zur gegenwärtigen Messe nichtarische Besucher mit der Versicherung des freundlichen Empfangs geradezu herzlich eingeladen werden, aber Rücksichten auf Kindergemüter eben doch immerhin eine Staatsbedrohung zu bedeuten scheinen?

Ich erwähne die bezeichnende Geschichte nicht deshalb, weil sie ein so erschütterndes Bild von den herrschenden Grundsätzen und Auffassungen gibt, nebenbei auch von dem, was sich bei den schwächsten und hilflosesten Geschöpfen der verfeimten Rasse an Gefühlstragödien abspielen mag. Wir sind darüber leider gut unterrichtet. Aber ich finde es tröstlich, daß es mitten in dieser Atmosphäre noch solche aufrechte und anständige Menschen gibt wie diese beiden tapferen wirklichen Erzieher. Das wahrhaft heldische Deutschland lebt also doch noch, auch wenn seine Träger gegenwärtig aus dem Dienst entlassen sind.

Sie möchten, geehrter Leser, wissen, wie die Leipziger Schule heißt, an der die Geschichte passiert ist? Natürlich: Goethe-Schule!

Militärmusik

Paul Mathes war kriegsblind. 1918, wenige Tage vor dem Waffenstillstand, nahm eine Granate ihm das Licht der Augen und verkrüppelte ihm den rechten Arm. An ein Arbeiten war nicht zu denken. Mit wenigen Franken Rente fristete er mit den Seinigen das Leben. Paul saß in seiner armseligen Stube und hörte sich die Vorführungen des Radios an. Es war sein einziges Vergnügen in seinem dunklen Dasein. Mitleidige Menschen hatten ihm die Anlage gelegt. Er wartete, den Kopf in die Hände gestützt, auf die nächste Vorführung. Da vernahm er die Stimme des Ansagers: Achtung, wir beginnen jetzt mit unserem Militärkonzert und spielen als erstes den Parademarsch des ehemaligen Infanterie-Reg. 181. In seinen Stuhl zurückgelehnt lauschte er der Musik, ein Marsch folgte dem andern. Da ist er denn wieder sehend geworden.

Aus dem Dunkel seiner Umgebung heraus sieht er bei den Klängen der verschiedenen Parademärsche die ehemaligen Angehörigen der Regimenter als Kinder harmlos mit Bleisoldaten spielen. Mit ihren kleinen Kanonen schießen sie nach dem Bleisoldat, jubeln, wenn ein Schuß getroffen hat und der Bleisoldat fällt. Mit Papierhelmen, Holzäbeln und Kindergewehren ziehen sie durch die Straßen und spielen Soldaten und Krieg. — Dort kommen junge, kräftige Männer von der Musterung singend und lachend daher. Sie sind glücklich, daß man sie zum Militär genommen.

Und nun ein Regiment in Feldgrau. Geschmückt mit Blumen sind Helm und Gewehr. Begleitet von Vater, Mutter, Frau und Kindern marschieren sie unter den Klängen ihres Parademarsches zum Bahnhof, um nach der Front verladen zu werden.

Pause. — Paul dachte nach. Was zog denn soeben an ihm vorüber? Sein Leben! Gab es denn als Kind etwas schöneres für ihn als Soldaten spielen? Und dann, als er sich stellen mußte, wie hatte er sich da gefreut, daß er angenommen wurde.

Als der Krieg ausbrach, zog er mit Begeisterung ins Feld, um sein Vaterland zu verteidigen. Doch nur zu bald kam die Ernüchterung. Er erkannte, daß er das Werkzeug anderer war und heute kommt ihm zum Bewußtsein, daß seine Erziehung schuld an dieser Kriegsbegeisterung war. — Er, der einst leuchtenden Auges durch die Welt gegangen mit Zukunftsplänen im Kopf, ist jetzt auf seinen Wegen auf die Hilfe eines Hundes angewiesen.

Wieder vernimmt er die Stimme des Ansagers: „Als nächstes hören Sie den Marsch „Alte Kameraden“. Wieder sieht Paul sie vorheimschieren. Zerrissen, dreckig, zerfetzt kommen sie vorbei.

Ein unübersehbarer Zug nähert sich. Skelette, eingehüllt in feldgraue Fellen, mit zerrissenen Schuhen, den Stahlhelm auf dem kalten Schädel, ziehen vorüber. Es ist der Zug der „auf dem Felde der Ehre“ Gefallenen.

Es kommen die Kranken und Siechen. — Hunderttausende Kinder und Frauen, unterernährt, kraftlos.

Dann ein endloser Zug trauernder, weinender Mütter, Kinder, Bräute. Doch — was ist das? Einige hundert Luxusautomobile beenden den Zug. Die Insassen mit zufriedenen, lachenden Gesichtern. Die Frauen sind nach der neuesten Mode gekleidet, gepudert, geschminkt und behangen mit Gescheide. Sind das auch Trauernde? Nein! Kriegsgewinnler! Dieselben, die während des Krieges dem Volke vormarschieren. Allerdings nicht an der Front, sondern durch Zeitungsartikel und großes Mundwerk. Die, die vom „Dank des Vaterlandes“ sprachen.

Aber Hunderttausende mußten ihr Leben zur Anschaffung dieser Automobile für diese fettglänzenden Gesichter lassen.

Da spricht der Ansager und weckt Paul aus seinen Träumen. Er sagt: „Zum Schlusse hören Sie: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Da reißt Paul sich die Hörer vom Kopf und schreit in die Finsternis ein Wort: „Lügen!“

Konrad Franz.

Caveant Consules!

An die Minister des Westens

Wie lang noch streut ihr Worte in den Wind
und sät „Versöhnung“ auf verstockte Felsen?
Ihr tut, als wüßtet ihr nicht, wer sie sind —
und habt schon ihre Krallen an den Halsen! —

Ihr zittert vor dem „Krieg“, nein, vor dem Wort —
und glaubt den „Frieden“ mit Glacés zu fördern...
Indes trainieren sie den Völkermord:
Chemie, Bazillen! Heil den Fliegermördern!

Kein Schrift und Siegel und kein Menschenrecht
das sie nicht höhrend tausendmal geschändet!
Ihr aber klügelst, wie ihr „gleiches Recht“
auf die vertierte braune Horde wendet!

Worauf denn wartet ihr? Auf Attilas
geheimen Wink zum Ausbruch eines Brandes?
Wascht nur die Hand in Unschuld! Das — ja, das! —
ist schon der Untergang des Abendlandes!

Hans Mühlestein.

Der Bergner-Film

Ein Einspruch des englischen Botschafters

Aus London wird berichtet, daß der Bergnerfilm „Katharina von Rußland“ im Anschluß an den Berliner Skandal von dem Präsidenten der Reichskulturkammer verboten worden ist, nachdem er vor der Premiere selbstverständlich die Zensur passieren mußte und unbeanstandet durchgelassen worden war.

Die Herstellerfirma des Films hat beim englischen Botschafter in Berlin gegen das Verbot interveniert. Sie hat erklärt, daß die randalierenden Elemente in keiner Weise die Meinung des großen Publikums vertreten haben. Als Beweis führt sie an, daß bereits eine Stunde nach der Eröffnung des Vorverkaufs sämtliche Plätze für die Dauer einer Woche ausverkauft waren.

Es wird als möglich angesehen, daß der englische Botschafter in Berlin gegen das Verbot des Films offiziell protestieren wird.

Signale aus Holland

Unser Amsterdamer Kunstberichterstatler meldet uns: Ende Februar veranstaltete die Waguervereinigung von Amsterdam eine Reihe von Opernvorstellungen, die Bruno Walter dirigierte. In der letzten dieser Vorstellungen — Mozarts „Entführung aus dem Serail“ — sollte u. a. der deutsche Tenor Julius Patzak auftreten — im letzten Augenblick sagte er aber ab. Da holländische Zeitungen diese plötzliche Absage darauf zurückführten, daß Julius Patzak einen Wink von oben bekommen habe, unter Bruno Walter nicht aufzutreten, schickte Patzak ein ärztliches Attest, daß er ernstlich an einer Stimmbandenzündung leide. Er hatte nicht damit gerechnet, daß ihm die Amsterdamer auf den Mund sahen. Und so liest man jetzt in holländischen Zeitungen, daß man in Amsterdam sehr darüber entrüstet ist, daß Patzak, dem von einem Arzt des „dritten Reiches“ schwere Erkrankung attestiert worden war, unmittelbar nach der Absage in einem deutschen Rundfunkkonzert mitgewirkt hat, das von drei deutschen Sendern übertragen wurde.

Fritz Busch, der eine Reihe von sechs Konzerten des „Concertgebouw-orkest“ in verschiedenen Städten Hollands dirigieren soll, ist aus London kommend, zu den Proben in Amsterdam eingetroffen.

Großes Aufsehen hat die Enthüllung der sozialdemokratischen Zeitung „Het Volk“ hervorgerufen, daß die Administration des Amsterdamer Concertgebouw 800 Freibilletts für ein Opernkonzert an die faschistische Partei Musserts ausgegeben hat. Der wethouder voor de Kunstzaken von Amsterdam hat eine strenge Untersuchung angeordnet.

Für den holländischen „Bond van Arbeiderszangverenigingen“ hat Jan W. Jacobs einen „Vierzigstundemarsch“ geschrieben, den Otto W. de Nobel in Musik gesetzt hat. Der Bund hat außerdem eine Reihe von Kinderliedern des deutschen Komponisten Hans Krieg in sein Repertoire aufgenommen, die Jan W. Jacobs ins Holländische übersetzt hat.

Zeit-Notizen

Lügen gestraft

Hitler und Frick, die den Anteil von Juden an freien Berufen bis zu 70 Prozent öffentlich behauptet haben, werden von einer Statistik des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege Lügen gestraft. Danach stellt sich der Anteil der Juden in der Wirtschaftsabteilung „Öffentliche Verwaltung, Kirche und freie Berufe“ auf 5,94 Prozent. Er liegt nur 1,09 Prozent über dem Anteil der Gesamtbevölkerung.

Eine neue Universität in Rykowo

Eine Universität für Metallarbeiter wurde im Leninkulturpalast im Rykowo (Ukraine) eröffnet. In dieser Universität werden zwölfmal monatlich Klassen für 200 Arbeiter eingerichtet. Der Unterrichtsstoff enthält Fächer über Industrie, Landwirtschaft, Medizin usw.

Aus dem Nachlaß Wassermanns

Im Nachlaß des verstorbenen Dichters Jakob Wassermann hat sich ein unveröffentlichtes Manuskript vorgefunden, in dem „Der Fall Mauritius“ für die Bühne bearbeitet worden ist.

Neues Kaiserdenkmal

Der Senat von Lübeck hat die Errichtung eines Denkmals zu Ehren des Ex-Kaisers beschlossen, dessen Grundstein bereits vor 30 Jahren gelegt wurde.

Das rote London

Programm der Arbeiterpartei

London, 12. März.

Die neue sozialistische Mehrheit im Londoner Gemeinderat läßt über ihren Sieg kein Gras wachsen. Der Vert Morrison, der Leiter der Ratsfraktion, war Ende der Woche bereits auf dem Rathaus, um sein neues Programm dort vorzutragen.

Das wichtigste Problem ist der Wohnungsbau und das Aufbauen mit den Gläubigern. Es sind mindestens 100 000 neue Wohnungen notwendig. Die sozialistische Fraktion wird mit weitgehenden Plänen aufwarten, um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die von der Rechten zu erwartende Obstruktion gegen derartige Maßnahmen wird die sozialistische Mehrheit mit allen denkbaren Mitteln verhindern. Große Aufmerksamkeit wird auch der Einrichtung von Krankenhäusern und der Reorganisation der Armenfürsorge gewidmet sein. Daneben soll dann noch in erster Linie das Unterrichtswesen für Arbeiterkinder verbessert werden.

Morrison erklärte unserem Vertreter, daß man großzügig wirtschaften wolle, aber keinen Groschen verkehrt ausgeben werde.

Frauentag in Sowjetrußland

Teschnischer Grundunterricht

Moskau, 9. März. (N.S.U.) In der ganzen Sowjetunion wurde der 19. Internationale Frauentag (8. März) feierlich begangen. Er fand diesmal im Zeichen der Arbeit der Frauen in der Industrie, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen und die richtige Ausnutzung der vorhandenen Maschinen. Das Zentralsekretariat der Sowjetunion hatte beschlossen, daß an diesem Tage besondere Maßnahmen getroffen werden sollen, um aktiv arbeitende Frauen zu verantwortlicher Arbeit in den Sowjets, den Genossenschaften, den gesellschaftlichen Organisationen und den Betrieben heranzuziehen. Das Volkswirtschaftsministerium hat seinerseits eine Anweisung herausgegeben, nach der alle Frauen, die im Betriebe arbeiten, im Laufe des Jahres technischen Grundunterricht erhalten sollen. Weiterhin wird die Zahl der Schülerinnen in den Fachschulen auf mindestens 25 Prozent, in den technischen Mittelschulen auf 25-30 Prozent und in den technischen Hochschulen auf 20-25 Prozent festgesetzt. In allen Betrieben werden zum internationalen Frauentag die besten Stahlarbeiterinnen prämiert werden.

Zur Teilnahme an den Kundgebungen ist in Moskau eine von den „Freunden der Sowjetunion“ organisierte internationale Delegation von 70 Frauen aus allen Ländern Europas einetroffen. Unter den von den größten Betrieben ihres Landes gewählten Frauendelegierten befinden sich 12 Französinen, 7 Engländerinnen, 6 Deutsche, vorwiegend Industriearbeiterinnen der verschiedensten politischen Richtung. Sie werden anschließend an die Feierlichkeiten in Moskau eine einmonatige Reise durch die Sowjetunion unternehmen, während der sie sich mit der Lage der arbeitenden Frau im zweiten Fünfjahresplan bekanntmachen werden.

Dimitroff

(N.S.U.) — Die drei aus den deutschen Gefängnissen freigelassenen Bulgaren Dimitroff, Popoff und Tanef erhalten täglich Einladungen von Betrieben, Städten und Kollektivwirtschaften, die ihnen ihre Gastfreundschaft anbieten. Es ist jedoch anzunehmen, daß die drei Kommunisten diese Einladungen nicht annehmen und sich wegen ihrer durch den monatelangen Gefängnisarrest angegriffenen Gesundheitszustand einer längeren Kur unterziehen werden.

Abnahme der Emigranten

Auch in der Tschechoslowakei

Die Zahl der reichsdeutschen Emigranten in der Tschechoslowakei nimmt zusehends ab. Betrug ihre Zahl im Juli v. J. noch 4000, so ist sie gegenwärtig auf nicht mehr als 1000 in der gesamten Republik zusammengeschmolzen. Daraus werden etwa 600 unterstellt. Die Abwanderung der Emigranten ist vornehmlich nach Palästina, aber auch nach Frankreich, Spanien und England erfolgt. 50 bis 60 Emigranten, hauptsächlich Techniker, wurden von Rußland aufgenommen. Für die Unterbringung des Restes werden konstruktive Maßnahmen ergriffen werden. Durch die Vermittlung eines in London gebildeten Informationsbüros sollen insbesondere Radarbeiter nach Südamerika geschickt werden. Der Flüchtlingskommissar in Lausanne hat die Patronanz über alle Sammlungen für die Emigranten übernommen.

Untersuchung der Hitlergruel

Internationaler Juristen-Ausschuß

Die französische Sektion des Hilfskomitees für die Opfer des Hitlerfaschismus trat Freitag, den 9. März, zu einer Sitzung an. In der ein Bericht der Sekretäre über die Tätigkeit des Komitees im vergangene Jahre entgegengenommen wurde. Die Sitzung, die unter dem Vorsitz des Professors P. Renaud (Sorbonne) stattfand, hörte einen Bericht des Abgeordneten Gaston Berger über den Londoner Gegenprozeß. Der Vertreter der katholischen Papalisten Berger schlug eine Solidaritätsaktion für die verfolgte deutsche Geistlichkeit vor. Frau Professor Vaba-Hollebeck schlug als Vorsitzende des internationalen Untersuchungs-ausschusses der Gruel in Hitler-Deutschland eine Delegation aus mehreren Juristen, Juristen und Schriftsteller aus mehreren Ländern vor. In letzter Zeit erfolgten Terrorakte vor Jean Panayrin, der bekannte Philosoph, wies auf die Notwendigkeit hin, die kommenden politischen Prozesse des deutschen Faschismus, und besonders den Prozeß gegen Thälmann, einer strikten Kontrolle durch die Weltöffentlichkeit zu unterziehen.

Auf Vorschlag des internationalen Komitees, einen Untersuchungs-ausschuß weltbekannter Juristen für die Aufklärung der Verfolgungen und Morde an den deutschen Antifaschisten nächsten in Washington einuberufen, wählte das Komitee ein Vorbereitungsbüro das u. a. aus folgenden Persönlichkeiten besteht: dem Nobelpreisträger Jean Perrin, Senator Lucien Rollin, die Schriftsteller Leon Frapin, Georges Pioch, Bernard Lecache, den Abgeordneten Dr. Gaston Berger, Bernard Gudenet, dem Arzt Dr. Jean Paffae, dem Maler Paul Signac und dem Biologen Jean Painlevé.

Chamberlain fragt Deutschland

Zivilisation gegen Barbarentum

London, 12. März. (N. T. A.) Das Jahresspinner des Anglo-Palästina-Club, das unter Vorsitz von Baron James de Rothschild in London abgehalten wurde, verließ diesmal außerordentlich eindrucksvoll. Hauptthemen des Abends waren das Jüdische Nationalheim in Palästina und die Verbindung der Juden in Deutschland. Sämtliche Redner, Persönlichkeiten wie Sir Arthur Chamberlain, Viscount Cecil of Chelwood, Sir Herbert Samuel, James de Rothschild, Lord Riecher, Unterhausmitglied Josiah Wedgwood, Prof. Dr. Sella Brodetsky und die Richter Lord Balfour Mrs. Dugdale brandmarkten die Entzweiung und Verfolgung der Juden im heutigen Deutschland und wiesen auf Palästina als das Land der jüdischen Hoffnung hin.

Der Ehrengast des Abends, der konservative Führer Sir Arthur Chamberlain, dankte James de Rothschild und Sir Herbert Samuel dafür, daß sie in ihren Trinksprächen daran erinnerten, daß sein Vater, Joseph Chamberlain, im Jahre 1903, als Premierminister des Britisch Empire, dem Schöpfer des modernen Zionismus Dr. Theodor Herzl ein Land in Afrika, Uganda, als Territorium für einen jüdischen Staat angeboten hat. Heute denkt man nicht mehr an Uganda, das wahre nationale Heim für das jüdische Volk, für das jüdische Herz, ist Palästina. In diesem Lande erwacht der englischen Regierung eine sehr delicate Aufgabe; die Interessen der beiden das Land bewohnenden Völkertelle, Juden und Araber, miteinander auszubalancieren. Diese Schwierigkeiten werden mit der Zeit gewiß überwunden werden. England würde ärmer sein, wenn die Liebe der Juden zu ihrer geistigen Heimat ihre Liebe zu England beeinträchtigen würde. Oliver Cromwells Willkomm an die aus ihren Heimatländern vertriebenen spanischen und portugiesischen Juden hat viele Spuren in England hinterlassen. Cromwell hat diesen vertriebenen Juden die Tore Englands geöffnet.

Heute würde England nicht England sein, wenn es nicht die verbannten Eugenotten und die verbannten Juden aufgenommen hätte. Würde dieses Charakteristikum England genommen, was bliebe noch vom British Empire.

Es ist nicht leicht, für Chamberlain fort, mit einem Deutschland zusammen zu arbeiten, das vorwiegend eine Politik verfolgt, die der Russifung jedes Engländer, Amerikaner und Franzosen von Menschen- und Bürgerrechten ins Gesicht schlägt. Ich frage Deutschland: Wie kann es erwarten, einen gewissen Standard in der Schätzung der Nationen zu erlangen, wenn es innerhalb seiner eigenen Grenzen Menschen in Gefangenschaft schmachtet läßt. Ich appelliere an Deutschland nicht allein im Interesse der Juden, sondern in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse, von seiner Politik der Depressierung und Dinausdrängung der Juden zu lassen. Amst Deutschland das Beispiel des historischen Spanien nach und drängt die Juden aus seinen Grenzen, so wird es ebenso verarmen, wie Spanien nach der Ausreibung der Juden verarmte. Wir, die Nationen der Welt, würden Deutschland in seinen Forderungen nach Gleichberechtigung gern entgegenkommen, aber wie ist es möglich, mit einem Lande gleich zu sprechen, welches seine eigenen Bürger nicht duldet und verdrängt?

Zum Schluß appellierte Arthur Chamberlain an die Juden, nicht den Mut zu verlieren, und schloß mit dem leidenschaftlichen Ruf: „Die Weisen in der Welt stehen auf ihrer Seite und wollen ihre Sache verstehen!“

James de Rothschild führte in seiner Ansprache aus: „Aus Grund einer vagen Missetheorie hat Deutschland seine Juden in Acht und Bann und nahm ihnen die Gleichberechtigung, Raum einer ist unter uns, der nicht Freunde oder Verwandte in Deutschland hat, um die er bangt und um deren Schicksal sein Herz blutet. Viele jüdische Familien in Deutschland, die seit Jahrhunderten mit Deutschlands Erde sich verbunden fühlten, ziehen dem Exil den Freitod vor. Die alte Generation ist ohne Hoffnung. Die Tora aller Länder, mit Ausnahme Palästinas, sind ihr verfallen. Ich fürchte, daß der Exodus der Juden aus Deutschland noch sehr lange andauern wird. Es muß für die Ausgewanderten eine Zufluchtsstätte in Palästina gefunden werden. Dies ist durchaus möglich, wenn auch Palästina klein ist. Man denke an Manhattan und Middlesex, wo auf einem kleinen Territorium eine riesige Bevölkerung lebt; vor 40 Jahren noch hätte man dies nicht für möglich gehalten. Die europäischen Staaten sind an der Schaffung eines jüdischen Nationalheims interessiert.“

England besonders, da ein Viertel der gesamten Judenheit der Welt in englisch sprechenden Ländern lebt. Die Schaffung des jüdischen Nationalheims in Palästina wird das jüdische Volk auch außerhalb Palästinas in eine Lage bringen, daß es den gleichen Status wie andere Völker einnimmt.

Sir Herbert Samuel erklärte: Die jüdische Arbeit in Palästina ist beispielhaft für den jüdischen Idealismus. Sogar in der heutigen materialistisch denkenden Zeit kann sich das jüdische Volk nicht zu einer Materialisierung seiner Ideale bequemen. Man hört, daß in Liverpool, Washington und New York große Kathedrales errichtet werden; in Palästina aber wird jetzt ein Haus Gottes erbaut, das nicht aus Stein gemacht ist, sondern aus menschlichem Blut und menschlichem Leben; und die Opfer werden gern gebracht.

Viscount Cecil of Chelwood brachte einen Trinkspruch auf das jüdische Nationalheim aus und sagte, er empfinde stark und tief die Tragik der jüdischen Situation: ein Volk mit einer ruhmvollen Geschichte und hohen Kultur freilich belastet durch die Länder. Die jüdische Begeisterung für und die Hoffnung auf das Nationalheim in Palästina sind auf zu verstehen. Die Ereignisse im heutigen jüdischen Leben verstärken den jüdischen Anspruch. Wären die Juden schon heute ein Nationalheim mit einer eigenen Regierung, sie würden reichlich sein, denn diese Regierung hätte ihre Interessen gewahrt. Für die deutsch-jüdischen Flüchtlinge, deren Zahl vermutlich noch wachsen wird, ist Palästina die einzige Hoffnung und Hilfe.

Josiah Wedgwood erklärte, Lord Balfour habe, als er seine Deklaration über Schaffung des jüdischen Nationalheims an Baron Rothschild richtete, das Unrecht das die alte Welt an den Juden begangen hat, wieder gutmachen wollen.

Holland zum Asylrecht

Der Fall Liepmann

W. A. Kramer schreibt u. a. in „De Groene Amsterdammer“:

Die Konsequenzen aus diesem Fall sind bedrückend für jeden, der das freie Wort als eines der schönsten Güter des Gemeinschaftslebens ansieht. Lassen wir uns nun daran gewöhnen, daß es mit der Pressefreiheit aus ist? Eigentlich ist der Name doch immer schon betrug gewesen. Der Fall Liepmann ist außerdem die Aenderung einer noch viel feineren Natur als der vor der Ueberredungskraft des Gegners. Hier kam bei dem Ankläger eine gewisse Beschränkung an den Tag, die einen völligen Mangel an literarischen Unterscheidungsvermögen zeigte, gleichzeitig aber durch die Nähe eines „befreundeten Staatsoberhauptes“, die für einen Soldaten, selbst wenn es ein abgedankter ist, und für einen arbeitslosen Holländer sehr feige ist und von Kriecherei zeugt, der auch der kleinste Hauch von Nationalbewußtsein fehlt.“

Die über die Grenze gesetzten Deutschen

Wir entnehmen aus der Rubrik „Hier in Holland“ der „Haagschen Post“:

Was wir in unserer vorigen Nummer an dieser Stelle über die vier über die deutsche Grenze gesetzten Fremden geschrieben, hat uns folgendes Schreiben von einem Juristen eingebracht:

In der H. P. wurde in der vorigen Woche unter „Hier in Holland“ Kritik ausgeübt auf die Handlungsweise des Bürgermeisters von Varen, der die vier dort schwebelnden deutschen Sozialisten über die deutsche Grenze setzen ließ. Wo der Schreiber sich abfragt, ob man hier nicht juristisch und gleichzeitig human hätte handeln können, möchte ich anmerken, daß es für mich noch die Frage ist, ob man wohl hier juristisch richtig gehandelt hat.

Das Fremdengesetz von 1840 bestimmt in Artikel 11, erster Absatz: „Der Fremde, der für die öffentliche Ruhe gefährlich ist, kann auf unseren Befehl über die Grenze gesetzt werden.“ Zweiter Absatz: „Er wird nach Willkür über die Grenze gesetzt, die er selbst angibt.“ Die Worte „nach Willkür“ bieten in diesem Fall, wo doch andere Leute aus dieser Gesellschaft über die belagerte Grenze gesetzt worden sind, keine Schwierigkeiten.

Das Gesetz vom 17. Juni 1918 enthält spezielle Maßregeln hinsichtlich der aussonderlichen Auswanderungskategorie. Das Gesetz ist noch nicht widerrufen. Dieses Gesetz spricht nur von der Willkür, Fremden, die für die öffentliche Ordnung, Sicherheit, Gesundheit und Sittlichkeit als gefährlich erachtet werden, ... einen gewissen Aufenthaltort innerhalb des Reiches in Europa anzuweisen und sie dorthin überzuführen zu lassen oder aber ihnen den Aufenthalt an gewissen Orten des Reiches zu untersagen und sie davon fern zu halten. Ein Gesetzesentwurf von 1919 zur Ergänzung dieses Gesetzes mit einer Bestimmung, die ungesetzliche Entfernungen über die Grenze ermbaligen sollte, ist liegen geblieben.

Wie unwillkürlich auch in der Praxis die Bedeutung dieser Gesetze sein mag, aus dem oben Geschilderten ergibt sich m. E. zur Genüge, daß ein anderes Auftreten dieses Bürgermeisters juristisch nicht weniger zu verantworten gewesen wäre.“

Der Schreiber der Rubrik: „Hier in Holland“ sagt noch hinzu:

Wir legen den verantwortlichen Instanzen gerne die Meinung dieses Einleiders vor. Nichts wäre uns lieber, als daß die sehr unpopuläre Haltung des Bürgermeisters von Varen nicht nur als unmenschlich, sondern auch als juristisch unverantwortlich befunden würde.“

Womit deutsche Kinder spielen

In einem Artikel der „Haagschen Post“: „Für die H. P. auf Reisen in Nazland“, lesen wir u. a. folgendes:

„Ein Mensch, ein deutscher Mensch vor allem, muß doch etwas haben zum Spielen. Denn ist der Mensch eigentlich so viel mehr als ein Kind? Und ist umgekehrt das Kind denn etwas so grundätzlich anderes als ein Mensch? Nein, in Deutschland in dieser Hinsicht sicher nicht. Denn auch die Kinder tun mit an der Uniformtrage — und um genau zu sein, es ist bei ihnen genau so wie bei den Erwachsenen — müssen daran mitmachen. Das bedeutet natürlich nicht im mindesten, daß es nicht sehr viel Grobe und Kleine gibt, die nicht alles mit großer Sorgfalt tun, was man von ihnen verlangt. Natürlich ist es für die Kinder nicht weniger als für die Großen schon etwas Herrliches, in einer Uniform herumlaufen, die Farben aneinander schlagen zu dürfen, hinter einer Reihe von Patentreifen abzuweichen, Erwachsenen, Kameraden den deutschen Gruß bieten zu dürfen und Dienst zu tun. Wollen? Nun ja, wenn sie einmal Hitler-Junge sind, dürfen sie auch schon das Messer an der Seite tragen. Und die Kleineren? Nun ja, sie haben alle einmal Geburtstag oder feiern Weihnachten, und in allen Warenhäusern sind für diese Gelegenheiten hölzerne nachgemachte Granaten zu kriegen und Gewehre, die noch nur mit Kugeln schießen. Es gibt noch mehr solcher „Herrlichkeiten“ zum Gebrauch bei den „Nebungen“ auf dem Feld.“

Siedlung jüdischer Flüchtlinge

In Holland

Unter Mitwirkung der holländischen Regierung wird in Kürze das Comité voor Jüdische Belangen in der Wieringermeerpolder eine jüdische Siedlung errichten. In dieser jüdischen Land- und Gartenbaukolonie sollen 300 bis 400 junge deutsche jüdische Flüchtlinge, die nach Palästina oder in ein anderes Land auswandern wollen, unter der Anleitung holländischer Land- und Gartenbaufachleute umgeschult werden. Für vorläufig zwei Jahre hat die holländische Regierung dem Comité noch zu kultivierenden Grund in Pacht gegeben. Direktor ist der deutsche emigrierte Arzt Lubinski. Die Kolonisten werden in Baracken untergebracht, an deren Errichtung sich die holländische Regierung ebenfalls beteiligt. Das Zusammenleben soll sich nach Art der palästinaischen Chuluzim (Pioniere) vollziehen. Die Kolonie soll auf sich selbst gestellt werden, d. h. einzelne Kolonisten sollen als Handwerker, Bäcker, Schuster, Kleidermacher usw. ausgebildet werden. Weibliche Kräfte sollen die Küchen und die Haushaltungen versorgen.

Die Siedlung soll keinen diebenden Charakter haben. Die holländische Regierung hat als ausdrückliche Bedingung gestellt, daß die Kolonisten den holländischen Bewohnern der Wieringermeerpolder keine Konkurrenz machen.

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

Pariser Berichte

Musik-Anzeiger

Generalmusikmeister Fritz Busch (früher Dresden), der erste „reinarische“ deutsche Musiker, den die deutschen Retter, da er sich nicht willenlos gleichschalten ließ, aus dem Amte jagten, hat zusammen mit dem früheren Berliner Intendanten Karl Ebert die größten Erfolge in Südamerika gehabt. Die Universität Edinburg hat Fritz Busch zum Ehrendoktor ernannt. Der berühmte Musiker, der augenblicklich in Amsterdam weilt, wo er für den erkrankten Mangelberg einige der großen Concertgebouw-Konzerte dirigieren wird, soll Mitte Mai das Privat-Opernhaus, das sich der bekannte englische Kunstmäzen Christie auf seinem Landgut Glyndebourne in Sussex geschaffen hat, mit zwei Mozartopern eröffnen.

Felix von Weingartner wird am 17. und 18. März zwei Konzerte des Orchestre Padeloup im Theatre des Champs-Elysées dirigieren. Das eine der beiden Programme enthält ausschließlich russische Komponisten (Tschai-kowsky, R.-Korsakoff, Borodine), das zweite wird ein Berlioz-Festkonzert sein als nachträgliche Gedenkfeier des 65. Todes-tages Berlioz' (gest. 8. März 1869).

Enrique Arbos, der Direktor der Madrider Phil-harmonie, hat zwei Konzerte spanischer Musik in Paris geleitet. Es fanden eine Reihe privater und offizieller Empfänge statt.

Pierre Monteux, der im vorläufig letzten Zyklus-konzert des Orchestre Symphonique de Paris die zweite Sym-phonie von Brahms zur Aufführung brachte, dirigiert Mitte März die Londoner Königliche Philharmonie. Er bringt aus-schließlich französische Werke zur Aufführung. Solist wird Jacques Thibaud sein.

Das Orchestre Symphonique de Paris plant die Einrichtung von Privatkonzerten für junge Kompo-nisten, die auf diese Weise ihre Werke hören sollen, bevor sie einem größeren Publikum vorgeführt werden.

Bruno Walter dirigiert, wie angekündigt, am 14., 16. und 19. März Mozarts „Don Juan“ in der Pariser Großen Oper. Für Ende März bereitet die Oper „La Princesse lointaine“ von Widor vor.

Die Opéra Comique brachte das einaktige Inter-mezzo „Idylle Funambulesque“ von Paul Arosa und Robert Planel.

Die letzte Oper von Richard Strauß „Arabella“ kam in Monte-Carlo zur französischen Erstaufführung.

Der berühmte Pianist und Komponist Serge Rach-maninoff gibt am 23. März sein einziges diesjähriges Konzert in der Salle Pleyel.

Pelzgeschäft

500 wenig getragene Modelle

Gros und Detail zu günstigen Bedingungen abzugeben. Geringe Geschäfts-kosten. Keine Übertragung zu bezah-len. Man lernt erst, an Schriftl. Anfragen unter 20 938 an Agence Havas, METZ (Lothringen)

(haute couture): Tages-, Abend-, Sportkleider und Pelze werden momentan verkauft bei:

Macy-Occasions
46, rue Desreumades (Ternes)
Tel.: Étoile 35-86, Ankauf, Fauch

Pariser Theaterbrief

(„Die Rassen“)

von Ferdinand Bruckner im „Theatre de l'Oeuvre“)

Nachdem die letzten Pariser Theaterwochen fast völlig dem Geschehen der Straße nachgeordnet worden waren, hat das mutige „Theatre de l'Oeuvre“ soeben das Rassendrama von Ferdinand Bruckner herausgebracht; unter den bewährten Händen der Uebersetzerin Renée Cave hatte die französische Fassung des Werkes von der Prägnanz des Originaltextes nichts eingebüßt, so eigenartig den deutschen Zuhörer die fremdsprachige Wiedergabe gerade dieses Textes auch hätte anmuten mögen.

Was Inhalt und Form dieses jüngsten Stückes von Bruckner betrifft, so dürfen sie seit der deutschen Uraufführung in Zürich wohl als bekannt gelten. Merkwürdig und charakteristisch ist aber eines: unter dem tiefen Eindruck aktuellen Geschehens geschrieben, vermittelt das Werk heute einen sonderbar zwiespältigen Eindruck. Es ist ein Gemisch aus allzu großer Ereignisnähe und einem unverkennbaren Willen zu Distanzierung und Gestaltung. Trotzdem ich nicht daran zweifle, daß es eine beträchtliche Anzahl von Pariser Auf-führungen erleben wird, liefert es jedoch in seinem heutigen Stadium für ein französisches Publikum weder den Reiz der Sensation noch die Erhebung eines Dichterwerkes. Wenn ein gewisser Herbert Ihering sich noch mit jenen Dingen der Bühne beschäftigte, die im Naziland verpönt sind, so wäre der Fall der „Rassen“ von Ferdinand Bruckner für den ehe-maligen Wortführer des „Zeittheaters“ gewiß ein ganz lehr-reiches Beispiel für die Hinfälligkeit der eigenen Theorie.

Die Aufführung der „Rassen“ in Paris stand unter der Leitung von Raymond Rouleau, der vor einigen Jahren mit einer erfolgreichen Wiedergabe von „Krankheit der Jugend“ in Paris debütiert hatte. War „Krankheit der Jugend“ eine imponierende Ensembleleistung gewesen, durch die sich eine Handvoll aus Brüssel kommender junger Künstler den Pariser Boden zu erobern suchte, so erweist sich der in-zwischen arriivierte Rouleau als Regisseur von guten Durch-schnittsqualitäten. Seine Stärke lag dieses Mal auf der Dar-stellungsseite und der intellektuelle Sadist, den er aus dem Nazibonzen Roslok gemacht hat, war eine äußerst beachtliche Könnensprobe. Den darstellerischen Glanzpunkt des Abends dagegen bildete der jüdische Student Sieglmann des jungen Julien Bertheau, der mit dieser ergreifenden Leistung alle Hoffnungen realisiert hat, die seine Freunde seit Jahren in ihn gesetzt haben. Dagegen war leider die tragende Rolle Karlanners völlig falsch besetzt worden, und damit fielen die darstellerischen Voraussetzungen für ein tieferes Verständnis des Bildes, das Bruckner uns von der germanischen Psyche zu geben sucht. Lydia Balachowa war eine in Ton und Geste gelegentlich überzeugende Helene, doch beeinträchtigte ein sinnloses Grimassenspiel ihre Wirkungsmöglichkeiten. Die übrigen Darsteller: teils achtbar, teils mäßig. Die Dekoration: geschickt. Wahrscheinlich käme diesem Werk ein größerer Saal als der des „Oeuvre“ besser zustatten. Ein lebhaft inter-essiertes Elitepublikum spendete für Darstellung und Werk großen Beifall.

Hans-Adalbert v. Maltzahn, 4, Rue Poussin, Paris (16).

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 2 Spezialisten.
Innere Medizin, Augen-, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Kröpfe, Diätetik, Elektrotherapie, Spezialbehand-lung bei Blasen-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie
Zweitgeschlossener Operationsgebäude, kleine, mittlere und große Chirur-gie. Die allermodernste Einrichtung umfaßt 2 Operationssäle.

c) Geburtshilfliche Klinik
Vierstöckiges Gebäude, Zimmer Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, -Brücken, Kautschuk-Arbeiten

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Drs. G. und M. Spitzer

5, avenue de la République, Paris, Métro République, Tel. Oberkampf 86-23.
Sprechstunden: 1-3 und 6-8 Uhr
Haut-, Geschlechts-, Innen- und Kinderkrankheiten
Epilation Diathermie

Inserieren bringt Gewinn!

BRIEFKASTEN

Vg. Haff. Sie haben laut der „Deutschen Landeszeitung“ in Ober-holt u. a. gefagt: „Heute haben die anderen Mächte rings um uns herum die gleichen Leiden durchzumachen, wie wir sie hinter und haben. Sie haben ihre Arbeitslosigkeit, sie haben ihren Bürgerkrieg, sie haben ihre Schließungen, sie haben ihre Korruptionen, sie haben ihre Juden und — andere dazu.“ Es mag ja sein, daß Sie ein streng orlicher Haff sind. Die semitische Linie Ihrer Familie ist allerdings viel zahlreicher.

„Ermordet“. Der frühere sozialdemokratische Bezirkspartei-sekretär Willi Diefel in Köln ist vor einigen Wochen gestorben. Man hat ihn im Sommer vorigen Jahres ins Konzentrationslager geschleppt. Der schon vorher leidende Mann hat die Strapazen nicht über-standen. Er wurde schwer krank vor Weihnachten entlassen und ist bald darauf gestorben. Auch er ist auf die Nordliste zu setzen.

Märe Sch. Ihre Mitteilung, daß im Reich noch immer ver-bottene Sozialistinnen geprügelt werden, weil man von ihnen den Aufenthalt während illegaler oder die Vorkriegszeiten von illegalem Material wissen will, wird uns von illegal arbeitenden Freunden bekräftigt. Es gibt keine Schande, deren sich die Wehrmacht nicht bedient.

Jüdisch. Wir danken Ihnen für die Uebersetzung der Zeitung. Die wenig ruhmvolle Lebensgeschichte Schlageters haben wir schon vor einigen Monaten sehr ausführlich behandelt. Daß dieser londer-bare Nationalheld bezahlte Verbindungen mit dem polnischen Hauptmann Dubsch hatte, steht ebenso fest wie der Verrat seiner Kameraden an die Franzosen, als er in deren Hände gefallen war. Die Nationalsozialisten haben nur Sinn für theatralische Mache, nicht aber für schlichtes Heldentum. Darum sind sie auf National-helden von der Art Weisels und Schlageters heringefallen. Die Denkmäler dieser nationalsozialistischen Vandalen sind sehr geringen Formats werden nicht ewig leben.

Dr. H. A. Basel. Für den Stand der Beschäftigung nach der Krankenkassenreform liegen vorläufig erst die Zahlen von Ende Januar vor. Der Stand von Ende September war am 1. 1. noch nicht aufgeholt (13,92 gegen 14,92 Mill.).

Ex Colonia lux. Im (früher) heiligen Köln war am Sonntag wieder einmal ein Nazilaufmarsch gegen die katholischen Jugend-vereine, die gerade im deutschen Reich vernichtet werden sollen. Laut dem „Weltdeutschen Beobachter“ sagte der Bezirksführer Wall-wen: „Unre Idee hat wie eine Kreuzfahrt die junge Generation ergriffen und von dieser kann sie niemand heilen.“ In der Diagnose stimmen wir mit dem Vg. Wallwen überein. In der Therapie sind wir nicht so hoffnungslos. Wahr-scheinlich wird eine kräftige Eisentur helfen.

Dr. H. Vocarno. Haben wir nicht registriert, daß Göring den Mitgliedern des deutschen Fußballverbandes erlaubt hat, zum Dienstanzug einen „Negerdolch“ zu tragen? Wir holen es hiermit nach. Ihre Frage: „Was wollten Sie mit dem Dolch, Herr?“ können wir nicht beantworten. Fragen Sie direkt bei Göring an. Ausländern schreibt er gerne höfliche Briefe.

„Aus Wuppertal“. Sie teilen uns mit, daß die Stadtverwaltung von Wuppertal die Absicht hatte, ein Stadtwappen zu schaffen, das den bergischen Löwen mit dem Hakenkreuz darstellte. Die Regierung hat das nicht genehmigt, da das Hakenkreuz nur im Landeswappen,

nicht aber im Stadtwappen erscheinen dürfe. Es ist ein Kreuz mit dem Hakenkreuz, das die Oberbürgermeister von Wuppertal und liegt ein neues Wappen ausarbeiten, das den bergischen Löwen auf einem Hornbündel sitzend zeigt. Auf diese Weise behält das Vieh wenigstens warme Lagen.

Dr. Adolf Ehrst. Sie haben ein Buch verfaßt „Terror, die Blut-schuld des Nazismus in Deutschland“. Sie sind ja eine feine Nummer Geschichtsschreiber. In Ihrem Buch stehen nur die Blut-taten, die Ihre Auftraggeber als „marxistisch“ ansehen. Dagegen unterschlagen Sie die endlose Reihe von erwiesenermaßen nationa-listischen Morden: Viechtach, Luxemburg, Eisner, Dautz, Gorch, Erzberger, Rathenau und die vielen Mememorde, deren Ver-anhalter jetzt in hohen Staatsstellungen sitzen, und die mindestens tausend Morde, die den Reichsanwalt Hitler mit granat blutiger Spur umgeben. Daß die Vapende „Germania“ Ihr Eigenwort in hohen Tönen preiß, gehört durchaus zum Stil dieser Zeitung, die in „marxistischen“ Zeiten anständig, sogar beinahe christlich war.

Saarburg. Sie überlesen uns die „Trierische Landes-zeitung“, die sich „leidenschaftlich und mit Schärfe“ gegen den leidenschaftlichen im Rationalsozialismus wendet, wenn auch dies Wort selbstredend nicht ausgesprochen wird. Ihre Frage ist, wes-balß in der „katholischen“ Presse an der Saar solche Potemkin nicht mehr zu lesen sind. Vielleicht können gewisse Reichsfassen darauf Antwort geben. Wer an der Saar in einer „katholischen“ Zeitung in Lohn und Brot bleiben will, muß zunächst und zuerst National-sozialist sein. Katholizismus ist seiner Karriere nur schädlich.

Journalist Straßburg. Unsere Meinung ist zutreffend. Die „Stolberger Zeitung“ ist verworren worden, weil sie an ihrer national-sozialistischen Konkurrenz Kritik geübt hat. Im Rahmen der deutschen Diktatur ist das eigentlich nichts Außergewöhnliches. Partei und Staat sind eins. Die Nazipresse dient der Partei und mithin dem Staat. Wer diese Presse kritisiert, ist ein Staatsfeind. Wer sie nicht abonniert, ist ein Saboteur. Wer nicht annouciert ebenfalls. Jedes Volk hat die Kräfte, die es sich selbst geschaffen hat.

London. Auch als Emigrant können Sie uns unter Ihrem Namen schreiben, wenn Sie „Via France“ adressieren. Erfreulich ist Ihre Mitteilung: „Bei dem gestrigen Kauf Ihrer Zeitung, deren ehriger Leser ich bin, fand ich darin diesen Bogen. Es wird Sie sicher sehr freuen hieraus festzustellen, daß in einem Zeitungsgeldstück in Lon-don von 10 gekauften Zeitungen in deutscher Sprache 10 Exemplare der „Freiheit“ vertreten sind.“

„Aus Berlin“. Ihrem Briefe entnehmen wir: „Ich war vor zirka 6 Wochen in Berlin und habe hier folgendes festgehalten: Vor einigen Tagen brachten Sie einen Artikel über die Abhempelung der Stoffe, die für die Kleidung der Arbeitsfront verwendet werden. Vielleicht ist Ihnen nachstehendes noch nicht bekannt: Jeder Meter Futter- und Anzugstoff muß einen Stempel tragen, den die Partei-leitung ausstellt. Der Preis für den Stempel beträgt: 0,50 RM. für den Anzugstoff und 0,25 RM. für den Futterstoff. Außerdem müssen 0,25 RM. für das Groß Knöpfe (mit dem Rad der Arbeit und dem Hakenkreuz) abgeführt werden. — Also eine neue Steuer für die Arbeiter!“

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Pich in Dud-weiler; für Inserate: Otto Rubin in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Steuerfragen Gesellschafts- gründungen

Wenden Sie sich an

F. BRIQUEU
LICENCIE EN DROIT

ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuer-behörden, um vom offiziellen Standpunkt aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle,
PARIS (2), Telefon Louvre 22-93

TAYLOR HOTEL

6, RUE TAYLOR, PARIS 110

(Gare Nord et Est) Téléphone Botzards 17-83
Schöne Zimmer, mässige Preise. Wenn Sie ge-mühtlich und ruhig wohnen wollen, so steigen Sie im Hotel „TAYLOR“ ab.

BRILLANTEN . GOLD SILBERWAREN . UHREN

täglich Gelegenheits-Verkäufe

BETTER, 49, FAUBOURG MONTMARTRE

MAN SPRICHT DEUTSCH

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen

Nase, Hals, Ohren

123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr. Sonntags vormittags

Métro: Reaumur, St. Denis

Folgende Nummern der Lose, die im Büro A. GODOVANNIKOFF gekauft worden sind

30, QUAI DE PASSY, PARIS (16^e). Telefon: Jasmin 01-50
(Seiteneingang: 2, av. René-Boylesve). Métro Passy

6. Ziehung, 13. März 1934 um 9 Uhr

haben gewonnen:

Série E 17 438: 100 000 Fr.

X 77 438	50 000 Fr.	Z 81 019	10 000 Fr.
X 50 611	50 000 Fr.	L 87 019	10 000 Fr.
R 00 611	50 000 Fr.	E 17 019	10 000 Fr.
R 12 611	50 000 Fr.		

847 Lose, deren Nummern m. 7 endigen, haben je 200 Fr. gewonnen

Luxemburger Lotterie (Sweepstake)

1 Los 36 Fr., 1/2 Los 19 Fr., 1/4 Los 10 Fr., 1/8 Los 6 Fr.

Alle, die Anteile dieser Lose gekauft haben, werden gebeten, sich zu melden, um das Geld abzuheben. Schriftliche Anfor-derungen aus der Provinz müssen die Quittungen beigelegt sein.

Für die nächsten Ziehungen wieder ganze, halbe, viertel und zehntel Lose zur Verfügung.